



# Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

21. Jahrgang

Ausgabe 1 / 1986

## VDFP-Forderung anerkannt – Änderung der Bewertung

Seite 2

**Bezirksvorstände-  
treffen 1985  
in Berlin**

Seite 3

**VDFP-Bundes-  
vorstand im BPM**

Seite 3

**Aus dem  
Bundesvorstand**

Seite 4

**Aus den  
Bezirken**

Seite 4

**Von den Tagungen  
nachfolgend aufge-  
führter Arbeitskreise  
berichten wir in Kürze  
in einer Sonderaus-  
gabe: FeV, FeV-SPC,  
MgF, DE, FeE, PIL, Fus**



Foto: A. Fontaine

**Bezirksvorständetreffen 1985 in Berlin:**

**VDFP-Bundesvorsitzender Peter Behrend gibt einen Überblick über die geleistete Arbeit des Bundesvorstandes im Jahre 1985.**

# Wieder ein Erfolg der VDFP!

## VDFP-Forderung für den Fachbereich 382 FeE vom BPM anerkannt

AtNr	Aufgabenträger (Tätigkeiten)	Regelbewertung	
		alt	neu
382 10	Aufsicht (Innenaufsicht und Außenaufsicht) .....	A9 : A8 = 50 : 50	
382 10	Gruppenleiter Innendienst BfT .....		<b>A9(alle)</b>
382 12	Gruppenleiter Außendienst .....		<b>A9 : A8</b> = 70 : 30
382 22	Sprechstellenentstörer .....	A5/A6:A5:A3/A4 = 44 : 30 : 60	
	1. ArbE je FeEST .....		<b>A7</b>
	alle übrigen ArbE je Amt .....		<b>A5/A6:A5:A3/A4</b> <b>(A5)</b> = 46 : 31 : 23
382 23	<b>Nebenstellenentstörer</b> 1. ArbE bei Ämtern mit mehr als 290 000 post- und teilnehmereigene Sprechstellen	A9	
	alle übrigen ArbE .....	A8:A7:A5/6 = 30 : 50 : 20	
	<b>Nebenstellenanlagenentstörer</b> 1. ArbE bei Ämtern mit mehr als 200 000 post- und teilnehmereigene Sprechstellen		<b>A9</b>
	alle übrigen ArbE .....		<b>A8 : A7 : A5/6</b> = 40 : 50 : 10

## Änderung der Bewertung im Fachbereich 331 TVerb – nach VDFP-Intervention beim BPM!

AtNr	Aufgabenträger (Tätigkeiten)	Regelbewertung	
		alt	neu
	<b>Mitarbeiter BfT</b> in der Technischen Vertriebsberatung		
	1. ArbE .....	A 8	A 8
	Alle übrigen ArbE .....	A7 : A5/6 65 : 35	<b>A8 : A7</b> <b>20 : 80</b>

Am 28. und 29. November 1985 fand das diesjährige Bezirksvorständetreffen statt, an dem 38 Teilnehmer aus 14 Bezirksvereinigungen und Mitglieder des Bundesvorstandes anwesend waren.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der Bezirksvereinigung Berlin erfolgte der Bericht des Bundesvorsitzenden:

Im Mittelpunkt seiner Ausführungen standen Gedanken zu dem Problem der DBP, gleichzeitig Verwaltung und Unternehmen zu sein. In der Unternehmensleitung der DBP werden Überlegungen angestellt, wie dieses Unternehmen effektiver geführt werden kann:

- **Sind Leistungsanreize zur Motivation der Mitarbeiter möglich?**
- **Ist die zur Zeit bestehende Führungskonzeption ausreichend?**

Um Vorstellungen zu konkretisieren, werden auch Entwicklungstendenzen außerhalb der Bundesrepublik verfolgt. Hier bieten sich die Post- und Fernmeldeverwaltungen der Nachbarländer zum Vergleich an. Im Zusammenhang mit der rasanten technischen Entwicklung erfordert die Schaffung neuer Dienste mehr Flexibilität auf dem Sektor des Personalwesens. Der Personaleinsatz für neue Aufgaben scheidet oft an zentralen Vorgaben.

#### **Ist die derzeitige Bewertung noch aktuell?**

Eine im Frühjahr 1985 eingesetzte Bewertungskommission soll dies prüfen und nach Lösungsmöglichkeiten suchen.

Der Bericht des Bundesvorsitzenden endete mit den Vorgaben des Bundesvorstandes für den Besuch im BPM am 5. 12. 1985:

1. Marketing-F und Kundenberatung;  
(Einsatz von BfT-Kräften bei TVerb)
2. Bewertung und Bemessung im BfT-Dienst
3. Technische Laufbahnen

Rolf Troitzsch (BzV Nordwürttemberg) berichtete über die Gespräche der VDFP mit dem Post- und Fernmeldeausschuß des Deutschen Bundestages:

Bei diesen Gesprächen mit dem Post- und Fernmeldeausschuß wurden von der VDFP insbesondere die Punkte Privatisierungstendenzen bei der DBP, das Verhältnis Tarifpersonal/Beamte, Schaffung einer Techniker-Laufbahn, Mangel an CFt-Kräften, 9-Punkte-Forderungskatalog der VDFP sowie Reduzierung der Altersgrenze für den Aufstieg zur besonderen Verwendung angesprochen.

Es hat sich erwiesen, daß die Kontakte zum Post- und Fernmeldeausschuß des Deutschen Bundestages zwingend notwendig sind; Anfang 1986 wird der Bundesvorstand hier erneut tätig werden.

Ein weiteres Thema der Tagung in Berlin war das Arbeitspapier des Arbeitskreises Laufbahngestaltung. Der allen Teilnehmern vorgelegte erste Entwurf wurde angenommen. Inhaltlich befaßt sich dieser Entwurf mit grundlegenden Gedanken zur BfT-Laufbahnausbildung, -Laufbahnprüfung und -Laufbahngestaltung. Er soll als Grundlage für ein Gespräch im BPM dienen.

Die Problematik der Wartung, Umsetzung und Arbeitsvorbereitung, Bewertung und Bemessung sowie die Fremdvergabe und die Einführung der Fachkraft für Arbeitssicherheit in der Pt-Laufbahn waren die Gesprächspunkte des Arbeitskreises.

Bei den Berichten der Bezirksvorsitzenden wurden die Fragen der Organisation angesprochen:

- Herausgabe von Bezirksnachrichten
- Bezirkliche Plakatwerbung
- Durchführung bezirklicher Veranstaltungen.

Die vom ArbKr Werbung und Information durchgeführte Mitgliederwerbung in Köln und Regensburg kann noch nicht abschließend bewertet werden, da die Werbeaktion noch nicht abgeschlossen ist.

Im Frühjahr 1986 ist geplant, erneut einen Lehrgang Bemessung und Bewertung für unsere Bezirke durchzuführen.

Auf Vorschlag der BzV Hessen wurden Überlegungen zur Durchführung der Bezirksvorständetreffen angestellt. Um den Ablauf und die Wirksamkeit dieser Tagungen zu erhöhen, sollten sie in Zukunft im Raum Bonn stattfinden. (Das nächste Bezirksvorständetreffen 1987 wird im Raum Bonn durchgeführt, die Organisation hierfür hat die BzV Hessen übernommen.)

\*\*\*

## **VDFP-Bundesvorstand im BPM**

Am 5. 12. 1985 führten der Bundesvorsitzende Peter Behrend und der Stellvertretende Bundesvorsitzende Franz Roschkowski Gespräche im BPM

Vorrangiger Gesprächsinhalt war das Thema: Marketing im Zusammenhang mit dem Einsatz von BfT-Kräften; hierbei wurde von der VDFP die Forderung nach einer Berücksichtigung von BfT-Kräften bei den Telefonläden gestellt.

Zur Gruppenbildung BfT/CFt bei TVerb konnte festgestellt werden, daß BfT- und CFt-Kräfte in etwa gleiche Aufgaben haben. Die Schaffung einer Dienststelle TVerb wird überdacht, die Überlegungen hierzu sind noch nicht abgeschlossen. Für die beabsichtigte personelle Vergrößerung von TVerb ist es nach unserer Auffassung erforderlich, die Fortbildung der eingesetzten BfT-Kräfte deutlich zu verbessern.

Als Erfolg ist anzumerken, daß unsere bestehende Forderung nach Änderung der Bewertung für Mitarbeiter BfT bei TVerb (AtNr 331 22) erfüllt wurde. Mit BPMVfg vom 2. 12. 1985 wurden die Anteile A 8 : A 7 neu geregelt. Danach ist die 1. ArbE nach A 8 bewertet, alle übrigen ArbE A 8 : A 7 = 20 : 80. Hiermit sind neue Beförderungsmöglichkeiten unserer jungen Kollegen nach A 7 geschaffen.

Weitere Themen des Gespräches waren die Frage nach der Auswirkung des befristeten Einstiegs mit A 6 für den mittleren technischen Dienst, die Einführung neuer Techniken bei der DBP, der Entwurf der VDFP zur Laufbahnneugestaltung, Planstellenzuweisungen im BfT-Dienst, Ausschöpfung der für den Verwendungsaufstieg freigegebenen CFt-Dienstposten und Abbau des Stellenpuffers.

## Aus dem Bundesvorstand

### Durch den Aufstieg zur besonderen Verwendung Beförderungsmöglichkeiten von A 5/6 bis A 9

In einer Maßnahme im 2. Halbjahr 1985 hat das BPM ca. 450 CFt-Dienstposten für den Aufstieg zur besonderen Verwendung von BFt nach CFt freigegeben. Erstmals konnten sich BFt-Beamte ab dem 45. Lebensjahr bewerben.

Diese Aktion, die von der VDFP gefordert und ein Erfolg der VDFP ist, hat nicht nur ca. 450 BFt-Kräfte in A 8 oder A 9 einen Schritt weitergebracht, sondern hat auch ca. 2000 weitere Möglichkeiten von A 9 bis A 5 / 6 für eine Planstelle, sprich Beförderung ermöglicht. Dabei ist nicht berücksichtigt, daß dadurch auch ca. 450 Junghandwerker einen ausbildungsgerechten Arbeitsplatz erhalten werden.

\*\*\*

### Zur Situation A 9 Z

Wie uns bekannt wurde, wird der Abbau des Puffers für die Zahlung der Zulage bei A 9 Z nach heutigem Stand noch ca. 3 Jahre dauern.

Es ist sicher, daß danach die Zulage für Dienstposten A 9 Z auf Amtsebene zugewiesen wird.

Allen Mitgliedern unserer Vereinigung  
wünschen wir ein glückliches und erfolgreiches  
1986!

Der VDFP-Bundesvorstand  
Die VDFP-Nachrichten-Redaktion

## Aus den Bezirken

### Gründung der OV Bad Kissingen

Am 08. 11. 1985 wurde in der Kantine des FA Bad Kissingen eine Informationsveranstaltung der VDFP durchgeführt.

Aufgrund der tatkräftigen Mithilfe der im FA Bad Kissingen beschäftigten Mitglieder konnten vom Bezirksvorstand zahlreiche Kollegen begrüßt werden.

Als Mitglied des Bundesvorstandes war Kollege Josef Rieger aus Fulda eingeladen, um die allgemeine Situation der BFt-Laufbahn zu erörtern. Sein Vortrag über die Einführung neuer Techniken sowie über das "FA Zukunft" ist – wie sich in der anschließenden Diskussion zeigte – von den Kollegen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden.

Anschließend wurde die Gründung einer Ortsvereinigung für den Bereich des FA Bad Kissingen vorgenommen. Hierbei wurden die nachstehend aufgeführten Kollegen für den Ortsvorstand gewählt:

1. Vorsitzender	Walter Wagner	DSt FeV
	Tel. (0971) 88-7	
2. Vorsitzender	Karl-Heinz Ziegler	DSt FeV
	Tel. (0971) 88-427	
1. Schriftführer	Albert Laudensack	DSt FeE
	Tel. (0971) 88-273	
2. Schriftführer	Engelbert Lang	DSt FeV
	Tel. (0971) 88-277	

Beisitzer sind die Kollegen: Kurt Reinert – DSt N, Thoma Erhart – DSt FeV, Karl Sterzinger – DSt FeE Bad Neustadt, Konrad Hartlieb – DSt FeV Bad Neustadt und Otto Rottmann – DSt FeV/FBz Schweinfurt.

\*\*\*

## Delegiertentag der Bezirksvereinigung Nordbaden



Die Delegierten der VDFP-Bezirksvereinigung Nordbaden trafen sich am 19. 11. 1985 in Mannheim-Pfingstberg zum Delegiertentag 1985.

Mit den Delegierten konnte der 1. Vorsitzende Karl Seidler den VAV des FA Mannheim, Herrn Dipl.-Ing. Amann und unseren Stellvertretenden Bundesvorsitzenden Franz Roschkowski als Gäste begrüßen.

In seiner Ansprache zeigte Karl Seidler die Arbeit der zurückliegenden Jahre auf:

Ein herausragender Erfolg der VDFP ist die Übernahme ins Beamtenverhältnis in die Besoldungsgruppe A 6 für die Angehörigen des mittleren technischen Dienstes. Viele Kollegen konnten bereits zum 01. 03. 1985 bzw. zum 01. 05. 1985 befördert werden.

Eine weitere Forderung der VDFP – Herabsetzung des Mindestalters für den Aufstieg zur besonderen Verwendung – wurde jetzt erfüllt.

Karl Seidler zeigte in seinen Ausführungen auch Mängel und Probleme auf, die den mittleren technischen Dienst weiterhin bedrücken.

Dipl.-Ing. Amann unterstrich in seinen Grußworten die Schlüsselfunktion, die dem nordbadischen Raum bei der Einführung neuer Techniken zufällt.

Die Einführung neuer Kommunikationsmittel werden die Arbeitsstrukturen und Inhalte grundlegend ändern. Da die Technik ständig neue Tätigkeitsfelder bringt, ist hierzu auch die entsprechende Fortbildung der BFt-Kollegen notwendig.

"Wir Techniker üben unseren Beruf gerne aus", fuhr Dipl.-Ing. Amann fort, "und sind deshalb auch in der Lage, gute Arbeit zu leisten."

Das Hauptreferat des Delegiertentages hielt der Stellvertretende Bundesvorsitzende Franz Roschkowski:

**"Mit dem FA Zukunft ins Jahr 2000"**

"Die Einführung der integrierten Netze ISDN bringt zwangweise eine Änderung der inneren Aufbauorganisation

der Fernmeldeämter mit sich. Dem Kunden und Teilnehmer will die Bundespost einheitlich und kundenorientiert gegenüberstehen. Die Integration der Vermittlungs- und Übertragungstechnik für Sprache, Text, Daten und Bild in eine umfassende Nachrichtenübermittlungstechnik, erzwingt die Zusammenfassung heute noch getrennter Aufgabengruppen.

Die derzeitigen Denkmodelle und Versuchsstadien sollen die Schnittstellen zwischen den beteiligten Organisationseinheiten minimieren und das Betreiben der immer komplexer werdenden Einrichtungen ermöglichen."

Mit seinen kritischen Anmerkungen stellte Franz Roschkowski die Schwachstellen in dem Konzept der Verwaltung heraus, in dem u. a. die Individualität der einzelnen BfT-Kollegen völlig ignoriert wird.

Nach dem Geschäftsbericht des 1. Vorsitzenden und der einstimmigen Entlastung wurde der neue Vorstand für die kommenden 2 Jahre gewählt:

- |                          |   |
|--------------------------|---|
| 1. Vorsitzender          | Karl Seidler,<br>FA Mannheim, FASi  |
| Stellvertr. Vorsitzende: | Harald Pflieger,<br>FA Heidelberg, FeÜ<br>Kurt Engelberth,<br>FA Mannheim, DÜ |
| Schriftführer:           | Jürgen Berger,<br>FA Heidelberg, Fus<br>Bernd Elser,<br>FA Mannheim, FI       |
| Kassierer:               | Peter Hamm,<br>FA Mannheim, DV<br>Manfred Krusch,<br>FA Heidelberg, DE        |

\*\*\*

## Delegiertentag der Bezirksvereinigung Rheinland am 24. 09. 1985 mit MdB Gerhard Pfeffermann (CDU)

Als den "Innovationsträger der Zukunft" bezeichnete MdB Gerhard O. Pfeffermann (CDU) die Deutsche Bundespost auf der Delegiertentagung VDFP-Rheinland, welche im Koblenzer Kolpinghaus stattfand:

"Mit 12 Milliarden DM sei die DBP der Investor Nr. 1 in Europa, sie trage damit mehr als 1/4 der Gesamtinvestitionen von Industrie und Handwerk. Mit 44,3 v.H. durch Eigenkapital gesichert, sei die DBP ein solides Unternehmen, welches auch das Ungleichgewicht zwischen den Post- und Fernmeldediensten verringert habe. Damit trägt die DBP merklich zur Stärkung des Wettbewerbs der Gesamtwirtschaft bei", so Pfeffermann.

Er vertrat die Auffassung, daß die Bundesregierung mit ihren Medienbeschlüssen das Monopol der Post bejahe, sich aber politischen Vorgaben nicht entziehen könne. Als Vermittler von Nachrichten setze sie die Voraussetzung zur Digitalisierung der Netze für Glasfaser- und Satellitentechnik. Der Marktöffnung diene die Vielfalt der heute angebotenen Einrichtungen, Einheitstechnik sei wirtschaftsfördernd.

Breiten Raum in der Diskussion nahm die Verkabelungsstrategie der DBP ein. In 5 bis 6 Jahren, so die Zielvorgabe, sollen 50 v.H. der Haushalte an das Kabelnetz angeschlossen sein, um eine rentable Auslastung zu erreichen. Die Delegierten wandten sich gegen die Benachteiligung kleinerer

Ortschaften und Landgemeinden sowie Ein- und Zweifamilienhäuser,

Der seit 1971 zum siebten Mal wiedergewählte Vorsitzende Andreas Damian aus Bendorf ging in seiner Rede auf die Vielfalt der Verordnungsänderungen im Bereich der neuen Medien und des Kabelanschlusses ein. Damian vertrat die Ansicht, daß dies sich ungünstig auf die Werbung und den Verkauf der Dienstleistung auswirke. Die vielfältigen Änderungen machten die Medienpolitik und die Gebühren dieser Dienste unübersichtlich; mehr Kontinuität wurde von den Delegierten verlangt.

Der neue Bezirksvorstand besteht aus den Kollegen:

- |                          |  |
|--------------------------|--|
| 1. Vorsitzender:         | Andreas Damian,<br>FA 1 Koblenz, FeV   |
| Stellvertr. Vorsitzende: | Dieter Kiminus,<br>FZA Simmern, Bs<br>Wilhelm Kick,<br>FA Trier, DE          |
| Schriftführer:           | Heiner Untiedt,<br>FA 1 Koblenz, FeV<br>Werner Kammel,<br>FA 1 Koblenz, Am-V |
| Kassierer:               | Frank Krafczyk,<br>FA 2 Koblenz, BF<br>Gerhard Fink,<br>FA 2 Koblenz, FeV    |

\*\*\*

## Informationsveranstaltung der Bezirksvereinigung Münster zum Thema: "FA Zukunft"

Am 15. Oktober 1985 hatte der Bezirksvorstand zu einer Informationsveranstaltung in die Kantine des Fernmeldeamtes Münster eingeladen.

Vor zahlreichen Gästen hielt Dipl.-Ing. Meyer (OPD Münster) einen Vortrag zum Thema "FA Zukunft", der sich insbesondere mit der künftigen Gestaltung der Dienststellen, der Neuorganisation des Amtes, die Aus- und Fortbildung der BfT-Kräfte und die künftige Personalsituation im BfT-Dienst befaßte.

Dieser Vortrag eröffnete den Anwesenden neue Perspektiven und konnte als voller Erfolg der VDFP verbucht werden.

\*\*\*

## Aus den Arbeitskreisen

Von den Tagungen nachfolgend aufgeführter Arbeitskreise berichten wir in Kürze in einer Sonderausgabe:

- |         |     |
|---------|-----|
| FeV     | FeV |
| FeV-SPC | PIL |
| MgF     | Fus |
| DE      |     |

\*\*\*



von links: Willi Mager, Stellvertr. Bezirksvorsitzender; Dipl.-Ing. Näpflein, VAV FA Duisburg; Dipl.-Ing. Fischer, Vize der OPD Düsseldorf; Professor Dr. Farthmann, Herbert Dissen, 1. Vorsitzender im VDFP-Bezirk Rhein-Ruhr, Franz Roschkowski, Stellvertr. Bundesvorsitzender der VDFP

Fernmeldetechniker hatten einen prominenten Gast

## Minister Farthmann warnte vor „Medien-Multis“

Niederrhein (eb). Bei der Jahreshauptversammlung der Fernmeldetechniker im Bereich der Oberpostdirektion Düsseldorf konnte der Bezirksvorsitzende Herbert Dissen als Gäste neben dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Vereinigung, Franz Roschkowski aus Dortmund, auch den Vertreter des Präsidenten der Oberpostdirektion Düsseldorf, Dipl.-Ing. Fischer sowie den Fraktionsvorsitzenden der SPD im Düsseldorfer Landtag, Professor Dr. Friedhelm Farthmann, begrüßen, der über das Thema „Medienpolitik im Lande Nordrhein-Westfalen“ referierte.

Vor dem interessierten Fachpublikum sprach sich Farthmann für technischen Fortschritt auch im Kommunikationsbereich aus. Gleichzeitig aber müsse die „soziale Verträglichkeit“ gewährleistet sein.

„Die Technik darf nicht zur Unterwerfung der Menschen führen, sondern muß ihnen mehr Freiheit bringen“, meinte Farthmann. Die öffentliche Aufmerksamkeit müsse viel stärker darauf gerichtet sein, daß „internationale Medien-Multis schon in den Startlöchern hocken“ und in der Einführung der modernen Kommunikationstechniken einen riesigen Werbemarkt wittern.

Auf der Strecke drohe dabei die kulturelle Identität der europäischen Völker zu bleiben. Deshalb wolle die Landesregierung im Frühjahr den Entwurf für ein Landesmediengesetz vorlegen.

Zu den zentralen Forderungen an private Fernsehanbieter gehören Binnenpluralismus, also Repräsentation unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen in einem Programm, Verbot der unterbrechenden Werbung, Jugendschutz, eine Eigenproduktionsquote, das heißt: das Programm darf nicht nur aus zusammengekauften Serien bestehen.

Für Minister Farthmann ist entscheidend, daß die neuen Medien die gewachsenen Kommunikationsformen nicht verdrängen, sondern sich einfügen.

In der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker sind die Kräfte des mittleren technischen Dienstes bei der Deutschen Bundespost bundesweit organisiert. Die Vereinigung besteht seit über hundert Jahren und ist somit die älteste

Berufsgruppenvertretung bei der Deutschen Bundespost.

Die Jahreshauptversammlung, in deren Mittelpunkt das Referat des NRW-Ministers Farthmann stand, fand in Duisburg statt. In seinen Begrüßungsworten führte der Bezirksvorsitzende Herbert Dissen unter anderem aus, daß die Techniker der Deutschen Bundespost stolz auf die Leistungen ihrer Berufsgruppe seien.

Immerhin verfüge man in der Bundesrepublik Deutschland über ein leistungsfähiges, modernes und gut funktionierendes Fernmeldetz mit rund 25 Millionen Telefonanschlüssen.

„Wir stehen heute an der Schwelle eines neuen Zeitalters, des Kommunikationszeitalters. Die Digitalisierung bringt eine größere Leistungsfähigkeit und bietet für die Fernmeldedienste geradezu revolutionäre Veränderungen und Vorteile. In Zukunft werden die Telefonleitungen nicht nur gesprochene Worte sondern auch Texte, Daten und Bilder besonders schnell und wirtschaftlich übermitteln können.

Für den Bildschirmtext wurde im Juni 1984 eine neue Systemtechnik eingeführt, die die technischen Voraussetzungen für die Entwicklung zu einem Massendienst brachte“, erläuterte Dissen.

Allerdings sprach er bei der Jahreshauptversammlung auch davon, daß die Techniker der Bundespost um ihre Berufserwartungen bangen: „Wir meinen, daß bei größeren Anforderungen, bedingt durch neue Techniken und Kommunikationsmittel keine Verschlechterungen in der Arbeitsbewertung auftreten dürfen. Wenn die wirtschaftliche Lage der DBP sich in den letzten Jahren positiv entwickelt hat und im Jahre 1984 bei einem Umsatzvolumen von 46 Milliarden DM ein Überschuß von 4,3 Milliarden DM erwirtschaftet worden ist, der um eine Milliarde über dem Vorjahresergebnis liegt, dann ist es unverständlich, wenn dem Personalsektor Begrenzungen auferlegt werden, die beispielsweise dazu führen, daß die von unserer Vereinigung immer wieder geforderte Einführung der Technikerlaufbahn auf die lange Bank geschoben wird.“

Der mittlere technische Dienst bei der Bundespost sei so alt wie das Telefon. Ein echtes anerkanntes Berufsbild gebe es bis zum heutigen Zeitpunkt nicht. Die Einführung einer funktionsgerechten Berufsbezeichnung und Bezahlung für den mittleren technischen Dienst sei bisher versagt geblieben.

Niederrhein-Nachrichten  
06. 11. 85

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. — Der Bundesvorstand — Postfach 4524, 6000 Frankfurt/Main 1

Verlag: Eifert Druck und Verlag GmbH, Postfach 2233, 7768 Stockach 1, Telefon: 07771/1591

Bezugspreis: DM 1,60 — für die Mitglieder durch den Beitrag abgegolten. Die Zeitung erscheint vierteljährlich.

Verantwortliche Redakteure:

Waldemar Hörle, 6000 Frankfurt 50, Tel.: (069) 571655; Werner Zok, 5600 Wuppertal 1, Tel.: priv. (0202) 752851, dienstl. (0211) 4490751; Kurt Wetzlar, 6000 Frankfurt, Tel.: (069) 7382860, Mo. u. Mi. bis Fr., v. 9.00 bis 10.00 Uhr.

Abschlußredaktion: Waldemar Hörle

Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der VDFP oder der Redaktion dar.

☆ Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 21. 02. 1986 ☆



# Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

21. Jahrgang

Ausgabe 2/1986

## VDFP gegen Kürzung der Wegezeitansätze

Seite 2

**Bewertungstausch bei den Ämtern des Post- und Fernmeldewesens**

Seite 2

**Die VDFP bei den Parteien**

Seite 2

**Im Gespräch mit dem BPM**

Seite 3

**Aus den Arbeitskreisen**

Seite 3

**Aus den Bezirken**

Seite 4

**Die letzten Meldungen**

Seite 5



Siemens-Pressbild

Siemens hat damit begonnen, für die Deutsche Bundespost Digital-signal-Verbindungen im überregionalen Netz einzurichten. Unser Bild zeigt das Einsetzen eines 565-Mbit/s-Zwischenregenerators in einen vorhandenen Unterflurbehälter auf der Strecke München – Nürnberg.

## VDFP gegen Kürzung der Wegezeitansätze

Nach den Überlegungen des BPM betragen die jährlichen Wegeleistungen im Bereich der Ämter des Fernmeldewesens 500 Millionen Kilometer.

Diese Summe entspricht einem Personalbedarf von ca. 10.000 Arbeitsposten.

Das BPM beabsichtigt, die Wegezeitansätze, die den derzeit gültigen Arbeitspostennachweisen zugrunde liegen, um 10 v. H. zu kürzen.

Geht man von dieser Kürzungssumme aus, beträgt die Kürzung 1000 Arbeitsposten bei den Ämtern des Fernmeldewesens.

Die **VDFP** ist der Auffassung, daß diese Kürzungen in der vorgesehenen Form nicht gerechtfertigt sind. Die gefahrenen Kilometer sind anhand der Fahrtenbücher nachweisbar und notwendig. Sie sind nach unserer Auffassung unbedingt zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes und letztlich zur Erhaltung der Betriebsgüte erforderlich.

Außerdem bringen die vorgesehenen Kürzungen durch die Verminderungen des Personalbedarfs eine ungerechte Kürzung des Stellenschlüssels.

Die **VDFP** lehnt daher die vorgesehenen Kürzungen um 10 v. H. bei den Wegezeitansätzen ab und hat dies dem BPM schriftlich mitgeteilt:

*„Dem Vernehmen nach sollen die Wegezeitansätze, die den derzeit gültigen Arbeitspostennachweisen zugrunde liegen, um 10 v. H. gekürzt werden.“*

*Die **VDFP** ist der Auffassung, daß diese Kürzungen in der vorgesehenen Form nicht gerechtfertigt sind.*

*Die gefahrenen Kilometer sind anhand der Fahrtenbücher nachweisbar und notwendig. Sie sind zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes erforderlich.*

*Die vorgesehenen Kürzungen und die daraus resultierenden Verminderungen des Personalbedarfs führen nach unserer Meinung zu ungerechten Kürzungen des Stellenschlüssels.*

*Die **VDFP** lehnt daher die vorgesehenen Kürzungen von 10 v. H. bei den Wegezeitansätzen ab.“*

\* \* \*

## Bewertungstausch bei den Ämtern des Post- und Fernmeldewesens

Das BPM läßt zur Zeit untersuchen, welche realistischen Möglichkeiten bestehen, die Personalpostenbewertung fortzuentwickeln.

Mit dieser Möglichkeit werden die Amtsvorsteher ermächtigt, die Normalbewertung zwischen jeweils 2 Dienstposten zu tauschen. Hierdurch sollen spezielle Fachkenntnisse und Erfahrungen besser genutzt und der Handlungsspielraum der Amtsvorsteher gestärkt werden.

In einem Bewertungstausch können (unter Beachtung der allgemeinen besoldungsrechtlichen Normen) jeweils 2 Dienstposten einbezogen werden, die in der gleichen Laufbahn benachbarten Besoldungsgruppen zugeordnet sind. Der Bewertungstausch darf nicht zu einer unterwertigen Beschäftigung eines Beamten führen.

In diesem Zusammenhang hat die **VDFP** das BPM um nähere Erläuterungen der nachstehenden Punkte gebeten:

### 1. Ausschreibung

Hierbei interessieren uns insbesondere die Ausschreibungsrichtlinien und ihre Auswirkungen auf den Bewertungstausch.

### 2. Abgrenzung im Bereich des mittleren technischen Dienstes

Welche Besoldungsgruppen des mittleren technischen Dienstes, ggf. welche Aufgabenträgernummern sind von den Maßnahmen des Bewertungstausches unmittelbar betroffen?

### 3. Tarifräfte auf Beamtendienstposten des mittleren technischen Dienstes

Werden die mit Tarifräften besetzten Beamtendienstposten des mittleren technischen Dienstes ebenso wie alle übrigen Dienstposten in den Bewertungstausch einbezogen?

\* \* \*

## Die VDFP bei den Parteien

### Gespräch zu Laufbahnfragen mit der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Teilnehmer dieses Gespräches waren für die SPD-Fraktion die **MdB** Karl Liedtke, Hans-Gottfried Benrath und Peter Paterna; die **VDFP** war durch die Bundesvorsitzenden Peter Behrend und Franz Roschkowski sowie Rolf Troitsch vertreten.

Der Gesprächsinhalt umfaßte die Punkte: Bemessung und Bewertung, Laufbahnen, Anforderungsprofile im Schnittstellenbereich CFT/BfT, Teilsachbearbeiter im Zusammenhang vom „Einsatz von Nichttechnikern des gehobenen Dienstes in technischen Dienststellen“, Regelaufstieg/Verwendungsaufstieg, keine oder zu geringe Beteiligung von BfT-Kräften bei der Einrichtung neuer Dienststellen.

Nach den Vorstellungen der SPD-Fraktion sollte ein neues Laufbahnkonzept geschaffen werden, daß in der Besoldungsgruppe A (aufsteigende Gehälter) über das bestehende Besoldungssystem hinausgehen soll. Hierdurch könne nach den Vorstellungen der SPD-Vertreter ein erforderlicher Gestaltungsspielraum geschaffen werden.

Die VDFP-Vertreter wiesen auf die Verringerung des Anforderungsprofils für den CFT-Dienst hin, die Anfang der 70er Jahre eingetreten ist. Grund hierfür war die Erkenntnis der Politiker, daß der prognostizierte Mangel an ausgebildeten Ingenieuren damit aufgefangen werden könnte.

Dagegen ist hier die **VDFP** der Auffassung, daß der staatlich geprüfte Techniker (bei der DBP ausgebildet) ein besseres Anforderungsmerkmal erbringt.

Der Einsatz von CF-Kräften auf CFT-Dienstposten wird von der **VDFP** abgelehnt: auf diesen Dienstposten sollten erfahrene BfT-Kräfte als Teilsachbearbeiter eingesetzt werden.

Die SPD-Fraktion will am Verwendungsaufstieg weiterhin festhalten. Für den Regelaufstieg stehen mehr Bewerber aus dem BfT-Bereich zur Verfügung als zugelassen werden.

Die SPD-Vertreter im Bundestagsausschuß für das Post- und Fernmeldewesen haben zugesagt, diese Frage erneut zu prüfen.

\* \* \*

## Gespräch zu Laufbahnfragen mit der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Als Vertreter der CDU-Fraktion nahm der **MdB** Klaus Bühler an dem Gespräch teil; für die **VDFF** waren die Kollegen Jürgen Berger, Erwin Rathgeb und Rolf Troitsch anwesend.

Der Gesprächsinhalt umfaßte die gleichen Punkte wie bei dem Gespräch mit der SPD-Fraktion. Auch die CDU war der Auffassung, daß die Absenkung der Ausbildungsmerkmale für den CFT-Dienst eine politische Entscheidung der 70er Jahre ist.

Die **VDFF** stellte auch hier die Forderung nach dem (bei der DBP ausgebildeten) staatlich geprüften Techniker. Die **VDFF**-Vorstellungen zur Technikerlaufbahn wurden dem CDU-Vertreter erläutert und mit großem Interesse aufgenommen.

Auch die CDU will der Frage der Quoten für den Regelaufstieg nachgehen.

Die **VDFF**-Vorstellungen zur Technikerlaufbahn wurden dem CDU-Vertreter – zugleich Stellvertretender Vorsitzender im Ausschuß für das Post- und Fernmeldewesen – erläutert und von ihm mit großem Interesse aufgenommen.

\*\*\*

## Im Gespräch mit dem BPM

### Neuordnung der industriellen Elektroberufe

Grundlage eines Gespräches zwischen der **VDFF** und dem **BPM** war die Neuordnung der Berufe der industriellen und handwerklichen Elektrotechnik. Als künftiger Beruf für die handwerkliche Ausbildung im Fernmeldewesen ist der Kommunikationselektroniker der Fachrichtung Fernmeldetechnik von der Verwaltung vorgesehen. Das **BPM** beabsichtigt, das neue Berufsbild mit dem Jahr 1987/88 bei der DBP einzuführen und den Ausbildungsgang zum Fernmeldehandwerker aufzugeben.

Die weitere Ausbildung der BFT-Laufbahnkräfte ist z. Zt. noch nicht festgelegt. Insbesondere steht die Statusfrage im Ausbildungszeitraum offen: werden die Kräfte im Tarifbereich beschäftigt oder werden sie als Beamtenanwärter eingestellt?

Den Äußerungen der **BPM**-Vertreter war zu entnehmen, daß die weitere Ausbildung bis zur jetzigen BFT-Prüfung circa 1,5 Jahre betragen soll und unmittelbar der Ausbildung zum Kommunikationselektroniker folgt.

Die **VDFF** überreichte dem **BPM** ihre Vorstellungen zur neuen BFT-Laufbahnausbildung:

*„Die Laufbahnausbildung wird in zwei Blöcken durchgeführt, einen **Grundlagenblock** und einen **Aufbaublock**. Diese Blöcke bestehen aus einem fachtheoretischen und einem praktischen Teil (entsprechend § 20 Bundeslaufbahnverordnung, Vorbereitungsdienst). Der Grundlagenblock umfaßt vier Monate praktische und zwei Monate fachtheoretische Ausbildung.“*

*Der erfolgreiche Abschluß führt zur weiteren Ausbildung mit dem Aufbaublock.*

*Der Aufbaublock umfaßt 14 Monate praktische und vier Monate fachtheoretische Ausbildung in der eine vierwöchige Verwaltungsausbildung enthalten ist.*

*Die dienstspezifisch geprägte Fernmeldetechnik bisheriger Form, mit ihren unterschiedlichen Bauelementen und Baugruppen, wird in Zukunft durch die digitale Einheits-technik (ISDN) keine abgegrenzten Tätigkeitsmerkmale mehr aufweisen. Mit Einführung des ISDN ist eine Abgrenzung der Fachbereiche überholt. In Zukunft wird der mittlere technische*

*Dienst durch diese Ausbildungsform in die Lage versetzt, die künftige technische Entwicklung der Kommunikationstechnik zu verarbeiten und in rationelle Tätigkeit umzusetzen.*

*Die durch die neue Ausbildungsform erzielte Qualifikation rechtfertigt eine angemessene Beteiligung bei der Tätigkeitsaufschlüsselung der neu einzuführenden Techniken, vor allem im Bereich der Meßtätigkeiten und Leitfunktionen.“*

Abschließend wurde die Mitarbeit der **VDFF** zur Lösung von Problemen bei der veränderten Struktur der BFT-Laufbahn angeboten. Das **BPM** machte das Angebot eines erneuten Gespräches in dieser Angelegenheit für Anfang 1987, da erst zu diesem Zeitpunkt konkrete Vorstellungen vorliegen werden.

## Aus den Arbeitskreisen Neuerung im Bemessungsbereich 382 FeE

Der Arbeitskreis FeE beim Bundesvorstand traf sich mit Vertretern des **BPM** zu einem Gespräch über Neuerungen im Bemessungsbereich 382 FeE:

Die fehlenden Richtlinien 13 und 14 werden z. Zt. erstellt. Die Richtlinie 14 kommt in Kürze, spätestens bis Jahresende 1986 erhalten die Dienststellen die Unterlagen.

Der FwMü 21 (Fernwählmünzer) wird eingeführt. In einem Fünfjahresprogramm werden ca. 50.000 FwMü 20 auf das Fernsignalnetz umgerüstet. Die Einführung des Fernsignalnetzes ist vermutlich nach dem Personalvertretungsgesetz (PersVG) beteiligungspflichtig, daher kann über den Zeitpunkt der Einführung keine genaue Angabe gemacht werden.

Der Zeitanatz für Tüp wird von z. Zt. 172 Minuten/Münzer im Jahr auf ca. 150 Minuten gekürzt. Bei Selbstprüfung der Mü 21 verbleiben für Tüp dann nur noch ca. 80 Minuten/Münzer im Jahr, das entspricht einer Kürzung von ca. 60%. Insgesamt wird sich in Zukunft der Zeitaufwand für Münzer in ca. 50 v. H. Tüp und 50 v. H. Fehlerbeseitigung aufteilen.

Das FTZ ist beauftragt, den Austausch und die Umrüstung mit eigenem Personal vorzubereiten sowie zu untersuchen, ob ein geringes Mehr an Störungen durch weniger Präventivarbeiten in Kauf genommen werden kann.

Im Innendienst wird der Münzerkontrollplatz gesondert bemessen. Auf den Einwand der **VDFF**, daß durch automatische Störungsmeldung Anrufe für die Bemessung verloren gehen, sagte das **BPM** zu, dieses zu überprüfen und in der Bemessung entsprechend zu berücksichtigen.

Auch unsere Frage, ob die Münzerleerungszeiten in Flächenämtern mit vielen Münzern, die nur geringe Einnahmen haben, nicht benachteiligt sind, will das **BPM** untersuchen lassen.

Die Frage, ob Entstörungsstellen, die im Zuge der Neuordnung aufgelöst wurden, als neue TK-Dienststellen (TK = Technischer Kundendienst) wieder eingerichtet werden, wurde verneint. Dies sei nicht realisierbar, da bei der Störungsannahme, die die Vorprüfung übernehmen soll, entweder zu große Wartezeiten in Kauf genommen werden müßten, oder die Zeitanätze zu groß würden.

Eine Vermehrung der Arbeitsposten ist durch TK nicht zu erwarten. Prüf- und Leitplätze werden in Richtung „Allplatz“ eingerichtet.

Die Bemessung der Prüfplätze wurde angesprochen. Das **BPM** sagte zu, die dargelegte Auswirkung der verstärkten Prüfung von Fernleitungen und des Notruftelefons 80 zu klären.

Zur Bemessung der Gruppenleiter erläuterte das **BPM**, daß in diesem Bereich grundsätzliche Änderungen zu erwarten sind. Bisher wurde die Bemessung im wesentlichen nach den Arbeitskräften berechnet (GrL: Betriebskräfte = 8 : 100).

Die nächste Gesprächsrunde wurde für Mitte Juni 86 vereinbart.

## Aus den Bezirken

### Bezirk Dortmund

#### Fernmeldetechniker forderten auf Bezirks-Tagung Sicherung Ihrer Arbeitsplätze

(sm) Die Sicherung ihrer Arbeitsplätze und der Vertrieb von Fernmelde-Einrichtungen standen gestern im Mittelpunkt der Bezirksdelegierten-Tagung der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. (VDFF). Diese Vereinigung vertritt die Anliegen der Beschäftigten im mittleren technischen Dienst.



**Rund 70 Bezirks-Delegierte des mittleren technischen Dienstes der Post tagten gestern in den Rosenterrassen. Foto: Menne**

Rund 70 Delegierte der Ortsvereinigungen der Fernmeldeämter Dortmund 1 und 2, Bochum, Hagen, Meschede und Siegen trafen sich im Beisein von Siegfried Kutz, dem Präsidenten der Oberpostdirektion, zu dieser alle zwei Jahre stattfindenden Tagung in den Rosenterrassen.

Sie bestätigten bei den Vorstandswahlen Franz Roschkowski als Bezirks-Vorsitzenden und Rolf Klug als seinen Stellvertreter. Bei der Tagung ging es vor allem um den Arbeitsplatz-Abbau, der den Beschäftigten im mittleren technischen Dienst durch Kürzungen des Bundespostministeriums droht.

Roswitha Wolf, Referatsleiterin für Marketing im Bundespostministerium, hielt das Hauptreferat zum Thema „Vertrieb bei der Deutschen Bundespost“. Auf die Möglichkeiten im Vertrieb der technischen Anlagen setzen die Beschäftigten im mittleren technischen Dienst ihre Hoffnungen. Während früher die Interessenten beispielsweise für Telefone selbst zur Post kamen, muß sie heute verstärkt Eigenwerbung für ihre vielfältigen Dienste betreiben. Vor allem bei der Beratung der Kunden können technische Mitarbeiter ihre Fähigkeiten nutzen.

Ruhr Nachrichten/Nr. 104, 6. Mai 1986

\*\*\*



#### Marketing-Fragen

der Bundespost standen im Mittelpunkt des Delegiertentages der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. in den Rosenterrassen. Ministerialrätin Roswitha Wolf vom Bundespostministerium informierte die gut 60 Delegierten über aktuelle Marktstrategien. waz-Bild: Voßgraff

Westdeutsche Allgemeine Zeitung/Nr. 105, 6. Mai 1986

\*\*\*

#### Bezirkstagung der Fernmeldetechniker

Die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post (VDFF) führte jetzt in Dortmund ihren Bezirksdelegiertentag 1986 durch. Die VDFF ist die Laufbahnvertretung der Beschäftigten im mittleren technischen Dienst bei der Deutschen Bundespost. Über 60 Delegierte aus dem Bereich der Oberpostdirektion nahmen an dieser Tagung teil. Im Vordergrund stand ein Vortrag von Roswitha Wolf, Referatsleiterin im Bundespostministerium, über Marketing der Deutschen Bundespost.

Westfälische Rundschau/Nr. 106, 7. Mai 1986

#### Wir wollen keine „EdeKa“-Beamten sein.

Satz in der Rede des Bezirksvorsitzenden Franz Roschkowski auf der Delegiertentagung der „Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post“ am 5. Mai in den Rosenterrassen. „EdeKa“ steht für „Ende der Karriere.“

Westdeutsche Allgemeine Zeitung/Nr. 106, 7. Mai 1986

\*\*\*

#### Bezirk Freiburg

**ROTTWEIL (se) – Im Zentrum des Bezirkstages der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker (VDFF), der gestern nachmittag im katholischen Gemeindehaus Rottweil abgehalten wurde, standen Personalprobleme, die Kürzungen in allen Bereichen, Besoldungsfragen und der technische Wandel. In den Referaten der Gäste aus Parteien und Ämtern und in der anschließenden Diskussion traten deutlich die unterschiedlichen Einschätzungen der Lage der Fernmeldeämter zutage. Der von allen Betei-**

**ligten anerkannte technologische Wandel im Fernmeldewesen, der sich z. B. in der Digitalisierung der gesamten Fernmeldetechnik niederschlägt, führte zu unterschiedlichen Schlußfolgerungen für die Zukunft.**

Postdirektor Dipl.-Ing. Wagener aus Freiburg sah als typische Folge dieses Wandels eine Zunahme des theoretischen Wissens und eine Abnahme der Handarbeit auf die Fernmeldetechniker zukommen. Die veränderte Aufgabenstellung werde aber mit dem Gros des Personals aus dem alten Stamm bewältigt werden können, denn ein neues System könne immer nur nach den Fähigkeiten des Betriebspersonals entwickelt werden. Für ihn trage diese Entwicklung deshalb dazu bei, daß der gehobene und der mittlere Dienst immer mehr miteinander verschmelzen.

MdB Kirschner (SPD) sah hingegen ein Ausbildungsdefizit bei den Fernmeldetechnikern der mittleren Laufbahn auf Grund dieser Technischen Entwicklungen. Er sah darin eine Gefahr für den Fortbestand dieser Berufsgruppe.

An der Beschäftigungspolitik der Bundespost übte er Kritik, denn sie habe trotz hoher Arbeitslosenzahlen noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Angesichts der Tatsache, daß die Bundesrepublik eine Industrienation sei, könne man es sich nicht leisten, Ausbildungskapazitäten und das Wissen der Ausgebildeten brach liegen zu lassen.

Der Referent aus dem Postministerium, Rolf Baur, hingegen sprach auf Grund der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge von Zwängen für das Postministerium, z. B. dem Zwang zur Rationalisierung unrentabler Arbeitsplätze, um sich international wettbewerbsfähig zu erhalten.

Trotzdem gebe es für ihn natürlich den vollen Rationalisierungsschutz. Die Post entlasse nicht einfach, sondern schaffe neue Betätigungsfelder.

Dem widersprach der Bezirkspersonalrat Wilfried Wunderle in der anschließenden Diskussion vehement. Trotz Verkehrszuwachs im Fernmeldedienst sei der Personalstand nur gerade erhalten worden. Die Rationalisierungsmaßnahmen könnten nicht immer nur hingenommen werden. Auch die Aufstiegschancen hätten unter diesen Entwicklungen zu leiden.

Der Rationalisierungsschutz werde vom Bundespost-Ministerium immer mehr zurückgedrängt.

In eine ähnlich Kerbe stieß das Bezirksvorstandsmitglied der DPG, Alfons Schnell. Von den 3200 Dienststellen, die im Haushalt der Bundespost für 1986 vorgesehen seien, würden 2000 nur durch Umbesetzung neu entstehen.

Auch für ihn zeichnete sich die Gefahr, daß die mittlere Laufbahn kaputt gemacht würde. Vor allem in der Nachwuchs-Frage stellte sich für ihn das Problem. Nur eine, zumindest teilweise gewährte, ausbildungsgerechte Beschäftigung nach Abschluß der Lehre würde die jungen Leute vor frustrierendem Abwandern in andere Berufe schützen.

Die Lage für die frischgebackenen Fernmeldehandwerker stelle sich denn auch nahezu absurd da: Der größte Teil müsse damit rechnen, z. B. als Briefträger irgendwo im Bundesgebiet zu landen – eventuell sogar in Hamburg.

Im weiteren Verlauf der Debatte zeigte sich wenig gegenseitiges Übereinkommen. Die langen Wartezeiten auf Beförderung, die schlechteren Gehaltsbedingungen für Beamte im mittleren Dienst, fehlende Stellen und mangelnde Anerkennung der Techniker durch die Ministerien waren immer wiederkehrende Streitpunkte.

Die besondere Schwierigkeit in Rottweil, daß nämlich laut Finanzministerium hier zuviele Mitarbeiter seien und deshalb keine neuen Kräfte eingestellt werden dürfen, wurde heftig

kritisiert, zumal der Leiter des Rottweiler Fernmeldeamts Wolfgang Schmitt Bedarf an weiteren Mitarbeitern angemeldet hatte.

Schwäbische Zeitung, 7. 4. 1986

\*\*\*

## Bezirk Rheinland

### Techniker im Rathaus Bendorf empfangen

**Bendorf. Anlässlich einer Arbeitstagung der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V. (VDFP) Bezirk Rheinland in Bendorf, wurden die Fernmelder im Rathaus durch Bürgermeister Dieter Trennheuser empfangen.**

Die gemeinsame Verantwortung der Kommunen und der Bundespost zur Daseinsvorsorge aller Gesellschaftsgruppen war Themenmittelpunkt des Rundgesprächs. Trennheuser betonte sein Interesse am Erfahrungsaustausch mit solchen Zielgruppen, um Nöte der Bürger frühzeitig zu erkennen. Mit den Post- und Fernmeldedienststellen habe die Stadt Bendorf keine Schwierigkeiten.

Für die VDFP Rheinland erklärte deren Vorsitzender, Andreas Damian aus Bendorf, daß die Kontakte zu politischen Mandats-, Amts- und Funktionsträger gesucht werden, um im vorparlamentarischen Bereich auf Probleme aufmerksam zu machen. Dies sei ein Spektrum von der Berufserwartung bis hin zu Privatisierungstendenzen, die auch für kommunale und postalische Bereiche öfters angestrebt werden und sich im Besonderen gegen sozial schwächere Mitbürger richte.

Gemeinsam betonten Trennheuser und Damian, es gelte, alle Angriffe auf die Netzträgerschaft der Fernmelde-, Funk- und Fernsehnetze abzuwehren, wobei auch der öffentlich-rechtliche Charakter der Netzbefließer (Programmanbieter) beibehalten werden müsse.

Zur Frage nach dem kommunalen Sonderkanal über das postalische Bk-Netz kam die Antwort, daß die notwendige Finanzierungsfrage noch offen sei. Letztlich sei dies auch nur in einem größeren kommunalen Verbund möglich.

Bendorfer Zeitung, 29. 1. 1986

---

## Die letzten Meldungen

### Ca. 1400 Beförderungsmöglichkeiten im mittleren technischen Dienst zum 01. 06. 86

Bedingt durch Rückflüsse und zusätzliche bewilligte Planstellen aus dem Stellenplan 1986 werden bis zum 01. 06. 86 1397 Beförderungsmöglichkeiten im mittleren technischen Dienst realisierbar.

Insgesamt werden den Oberpostdirektionen folgende Planstellen zugewiesen.

A 9 + Z	172	A 7	829
A 9	52	A 6	109
A 8	235		

\*\*\*

## Der Hauptpersonalrat

befafte sich auf seiner 12. Sitzung am 19. und 20. 03. 86 u. a. mit folgenden Problemen:

- Flexibilisierung der Personalpostenbewertung; Bewertungsaustausch bei den Ämtern des Post- und Fernmeldewesens
- Vermarktung Btx
- Dienststellenorganisation Ämter F; Einrichtung von Dienststellen DV (Datenverarbeitung)
- Aufbauorganisation Ämter F; Technische Vertriebsberatung
- Organisationsrichtlinie für die Ämter des Fernmeldewesens; Punktberechnung
- Personalbemessung im Fernmeldewesen; Anhang 374 Montagestelle für fernmeldetechnische Inneneinrichtungen (MgF) zur DA Bem Ä (Einführung)

Anschrift:

- Personalbemessung im Fernmeldewesen; Personalbedarf im Bemessungsbereich 383 FeV (Fernsprechvermittlungsbetrieb (EWS))
- Fernmeldewerbung; Ergänzung der Richtlinie für die Zahlung von Werbeprämien im Fernmeldedienst (Neuer Abschnitt 3 Bildschirmtextanschlüsse)

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. — Der Bundesvorstand — Postfach 102225, 6000 Frankfurt/Main 1  
Verlag: Sperlich Druck- und Verlags GmbH, Hufnagelstraße 20, 6000 Frankfurt/Main, Telefon: (0 69) 73 17 56  
Bezugspreis: DM 1,60 — für die Mitglieder durch den Beitrag abgegolten. Die Zeitung erscheint vierteljährlich.  
Verantwortliche Redakteure:  
Waldemar Hörle, 6000 Frankfurt 50, Tel.: (0 69) 57 16 55; Werner Zok, 5600 Wuppertal 1, Tel.: priv. (02 02) 75 28 51, dienstl. (02 11) 4 49 07 51; Kurt Wetzlar, 6000 Frankfurt, Tel.: (0 69) 7 38 28 60, Mo. u. Mi. bis Fr., v. 9.00 bis 10.00 Uhr. Abschlussredaktion: W. Hörle  
Gezeichnete und übernommene Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der **VDFP** oder der **Redaktion** dar.

**\* Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 25. 09. 1986 \***

An die  
Vereinigung Deutscher  
Fernmeldetechniker Post  
Postfach 102225  
6000 Frankfurt 1

## Beitrittserklärung

zur Weitergabe an Ihren Kollegen

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

Mit dem monatlichen Beitragsabzug von meinem Gehaltskonto erkläre ich mich einverstanden. Dieses Einverständnis kann ich nur gegenüber der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. widerrufen.

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_ PLZ: \_\_\_\_\_ Wohnort: \_\_\_\_\_

geb. am \_\_\_\_\_ Pers. Nr.: 

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

--	--	--	--

 Erweiterung \_\_\_\_\_ Amtsbez.: \_\_\_\_\_

Beschäftigungsamt: \_\_\_\_\_ Dienststelle: \_\_\_\_\_

 Dienststelle: (        ) \_\_\_\_\_  Wohnung: (        ) \_\_\_\_\_

Ihr Ansprechpartner: \_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

VDFP-Bezirk:  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Werber: Name, Vorname \_\_\_\_\_

Amt/Dienststelle \_\_\_\_\_

Telefon-Nr. \_\_\_\_\_



# Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

21. Jahrgang

Ausgabe 3 / 1986

## VDPF Bundesdelegiertentag 1986

### Ansprache des Bundesvorsitzenden

Seite 2

### Berufspolitisches Referat

„Sind die Laufbahnstrukturen  
der Deutschen Bundespost  
im Hinblick auf die Entwick-  
lung der Telekommunikation  
noch zeitgemäß?“

Seite 3

### Im Spiegel der Presse – Presse-Echo

Seite 4

### Konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes

Seite 6

### Aus den Bezirken

Bezirk Franken Seite 6

Bezirk Hessen Seite 6

Bezirk Münster Seite 7

Bezirk Rhein-Ruhr Seite 7

### Die letzten Meldungen

Seite 8



Der VDFP-Bundesvorsitzende Peter Behrend gibt auf dem Bundesdelegiertentag 1986 in seinem Grundsatzreferat einen Situationsbericht über die Laufbahnen des mittleren technischen Dienstes bei der Bundespost.

Foto: L. Glaser

# VDFP-

## Bundesdelegiertentag 1986

vom 13. bis 15. November 1986  
in Heusenstamm

120 Delegierte aus dem Bundesgebiet waren in Heusenstamm (im Sport- und Kulturzentrum Martinsee) zum Bundesdelegiertentag 1986 versammelt.

Die Eröffnung der Sitzung und die Begrüßung der Gäste und der Delegierten erfolgte durch den Vorsitzenden der BzV Hessen, Helmut Befort. Unter den vielen Vertretern aus Wirtschaft und Verwaltung, die als Ehrengäste anwesend waren, konnten wir besonders begrüßen:

Dipl.-Ing. Albert Albensöder, Präsident der OPD Frankfurt  
Dipl.-Ing. Erast v. Jasienicki, Unterabteilungsleiter 2a der OPD Frankfurt

Dipl.-Ing. Ronald Dingeldey, Präsident des FTZ Darmstadt  
MinR Ekkehardt Stengel, Referatsleiter 313 beim BPM  
OAR Rolf Bauer, Referat 325 beim BPM  
Bürgermeister Adolf Kessler, Stadt Heusenstamm  
Heinrich Höfftgen, Bundesvorsitzender des DPV  
Max Fischer, Bundesvorsitzender der CGP

### In seinem Festvortrag ging der Bundesvorsitzende Peter Behrend auf die Probleme der Zukunft ein:

„Bedingt durch das Tempo der Innovationen in der Mikroelektronik vollzieht sich auch im Fernmeldewesen ein Wandel, der nicht nur das Dienstleistungsangebot der Deutschen Bundespost verändert, sondern auch innerbetriebliche Konsequenzen für die Bereitstellung von qualifiziertem Personal nach sich zieht.

Der technische Unterschied zwischen Handvermittlung und programmgesteuertem Vermittlungssystem mit digitaler Durchschaltung – um nur einmal ein Beispiel aus der Fernsprechvermittlungstechnik zu nennen – bedarf auch einer, diesem Unterschied angepaßten Ausbildung.

Aber nicht nur die Fernsprechvermittlungstechnik ist von dieser Entwicklung betroffen, auch die Leistung der von uns zu betreuenden Endgeräte – mit ihren kundengerechten, speziellen technischen Merkmalen – ist nur durch den Einsatz der Mikroelektronik möglich. Ebenso müssen wir die technischen Einrichtungen bei der sogenannten „gelben Post“ in diese Betrachtung einbeziehen, denn auch hier ist die Mikroelektronik längst Selbstverständnis. Nach dem Äquivalenzprinzip resultiert hieraus, daß auch die personellen Strukturen der technischen Laufbahnen überdacht werden müssen.

Es liegt auf der Hand, wenn wir uns hier Gedanken über Veränderungen personeller Strukturen machen, daß uns allein die Zukunft des mittleren technischen Dienstes am Herzen liegt.

Es ist bekannt, daß die Fernmeldetechnik bisheriger Form, mit ihren unterschiedlichen Bauelementen und Baugruppen, in Zukunft (mit der Ablösung durch die digitale Einheitstechnik ISDN) keine abgegrenzten Tätigkeitsmerkmale mehr aufweisen wird. Mit der Einführung des ISDN ist eine Abgrenzung der Fachbereiche überholt.

In Zukunft muß der mittlere technische Dienst durch Ausbildung, Fortbildung und motivierende berufliche Fortkommens-chancen in die Lage versetzt werden, die künftige technische Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik in rationelle Tätigkeit umzusetzen.

Die von uns geforderte Ausbildungsform rechtfertigt mit ihrer dadurch erzielten Qualifikation eine angemessene Beteiligung des mittleren technischen Dienstes bei der Aufschlüsselung der Tätigkeiten bei den neuen Techniken und Diensten. Zusammengefaßt heißt das: Um für neue Techniken adäquates Personal bereitstellen zu können, müssen mit der Einführung

dieser Techniken Reformen auf dem Personalsektor Hand in Hand gehen.

Mit einem den künftigen Entwicklungen gewachsenen Personal bleibt die Deutsche Bundespost ein hervorragender Werbeträger der deutschen Fernmeldeindustrie, die zur Förderung ihrer Exportchancen auf den Werbeträger „Deutsche Bundespost“ nicht verzichten kann. Dieser investitionspolitischen Ausrichtung kommt eine außerordentliche volkswirtschaftliche Bedeutung zu.

Die Fernmeldeindustrie kann jedoch nicht nur von dieser Werbung leben, sie muß die Werbung auch mit Leben erfüllen. Dabei ist neben herausragenden Produkten vor allem ein zufriedenstellender Service notwendig. Hier hat sich bei der Industrie ein System bewährt, das den nahtlosen Übergang zu den Aufgaben der Ingenieure gewährleistet: der Einsatz von Technikern.

Dieses Beispiel der Industrie sollte sich die Deutsche Bundespost endlich zum Vorbild nehmen.

Seit Jahren gleicht die Aus- und Fortbildung für den mittleren technischen Dienst der Deutschen Bundespost der Ausbildung zum staatlich geprüften oder anerkannten Techniker. Was hindert eigentlich daran, daß die technikerähnliche Ausbildung bei der Post mit dem anerkannten Techniker abschließt? Dies ist schon deshalb unverständlich, weil die Techniker Ausbildung schon immer eine Zweitausbildung war und ist.

Wir sind der Meinung, daß sich die 1987 beginnende Berufsausbildung zum Kommunikationselektroniker als Ausgangspunkt für den anerkannten Techniker geradezu anbietet.

Kommunikationselektroniker ist doch nicht nur ein neuer Name für die alte Ausbildung zum Fernmeldehandwerker, sondern ein Wechseln zu anderen Ausbildungsinhalten.

Unsere Forderung nach Einführung einer Technikerlaufbahn bei der Deutschen Bundespost ist eine alte Forderung, die bereits seit zwei Jahrzehnten auf dem Tisch liegt. Auch in unserem 9-Punkte-Forderungskatalog von 1983 haben wir sie als Punkt 5 herausgestellt und begründet. Vom BPM wurde uns jedoch erklärt, bei der Deutschen Bundespost bestehe kein Bedarf für eine derartige Laufbahn.

Heute fragen wir: „Wie wollen Sie den Personalneubestand im CFT-Dienst auf absehbare Zeit ausgleichen?“ Auch bei einer Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung für den gehobenen technischen Dienst wird dieser Ausgleich über Jahre hinaus nicht möglich sein. So wie dieser Ausgleich seit Jahren nicht möglich war.

1980 ein Fehlbestand von 2095 CFT-Kräften  
1981 ein Fehlbestand von 1891 CFT-Kräften  
1982 ein Fehlbestand von 1465 CFT-Kräften  
1983 ein Fehlbestand von 1633 CFT-Kräften  
1984 ein Fehlbestand von 1806 CFT-Kräften  
1985 ein Fehlbestand von 1745 CFT-Kräften  
und mit Stand vom 30. 06. 1986 ein Fehlbestand von 1733 CFT-Kräften.

Das sind die Auswirkungen der fortschrittfördernden Erfindungen und Entwicklungen auf dem Gebiet der Informations-, Kommunikations- und Telekommunikationstechniken der letzten Jahre. Sie haben – so ganz nebenbei – dazu geführt, daß die Industrie mit lukrativen Angeboten die jungen Diplomingenieure aufsaugt wie ein Schwamm. Hinzu kommt, daß die Absolventen der technischen Fachhochschulen durch das vorgegebene Besoldungssystem nicht gerade angereizt werden, in den Dienst der Deutschen Bundespost zu treten.

Da durch den Verwendungsaufstieg, mit dem auf 45 Jahre abgesenkten Zulassungsalter, das anstehende Problem nicht zu lösen ist, wird der Regelaufstieg vom mittleren in den gehobenen technischen Dienst quotenmäßig erhöht. Außerdem ist vorgesehen, die Ausbildungskapazität für künftige Aufstiegsmaßnahmen zu erhöhen.

Wir halten diese Maßnahmen zwar für geeignet, um minimal nachzusteuern, aber wirkungsvoller ist nach unserer Meinung die Einrichtung einer Technikerlaufbahn. Damit ist im Eingangsbereich zum gehobenen technischen Dienst der Fehlbestand abzudecken.

Die Deutsche Bundespost muß in der Lage sein, alle anfallenden Aufgaben im Bereich der Telekommunikation zu erledigen, um nicht den an einer Privatisierung interessierten Kreisen das Argument der „Unfähigkeit“ an die Hand zu geben. Deshalb wollen wir Sie daran erinnern, daß das im mittleren technischen Dienst tätige Personal in der Lage ist, den erhöhten Anforderungen der neuen Technik gerecht zu werden.

Das BPM hat in seinem Antrag an den Bundespersonalausschuß, die Möglichkeit des Einstieges nach A 6 im mittleren technischen Dienst um weitere zwei Jahre zu verlängern, unter anderem darauf hingewiesen, daß nicht nur im Hinblick auf die längere Ausbildung, sondern auch aufgrund der erhöhten Anforderungen durch die fortschreitende Entwicklung der Technik eine solche Regelung gerechtfertigt ist.

Diese Anerkennung der bisherigen Ausbildung, gekoppelt mit jahrelanger Berufserfahrung, beweist, welches gute Technikerpotential bereits vorhanden ist.“

\* \* \*

Nach der Rede des Bundesvorsitzenden hielt MinR Ekkehardt Stengel (BPM) ein berufspolitisches Referat zum Thema:

### 1) „Sind die Laufbahnstrukturen der Deutschen Bundespost im Hinblick auf die Entwicklung der Telekommunikation noch zeitgemäß?“

Darin sagte er unter anderem:

„... Ein hochentwickelter Industriestaat mit einer komplizierten arbeitsteiligen Wirtschaft und einer freien pluralistischen Gesellschaft, was wir nach gemeinsamer Überzeugung für die Bundesrepublik in Anspruch nehmen, kann im Interesse seiner Bürger ohne öffentliche Infrastruktureinrichtungen, die von qualifizierten, dem Gemeinwohl verpflichteten Kräften betrieben werden, nicht auskommen. Die Gesellschaft stellt an die Effizienz solcher Einrichtungen berechnete Anforderungen. In diesem Zusammenhang kommt der Qualifikation, der Motivation und der Leistungsbereitschaft des eingesetzten Personals eine große Bedeutung zu, neben der Bereitstellung einer wirksamen Organisation sowie zweckmäßiger Anlagen und Sachmittel. Qualifikation und Leistungsbereitschaft, nicht nur der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, hängen entscheidend ab von den Regelungen für die Ausbildung und über die Rechte und Pflichten des Personals, und sie hängen ab von der vernünftigen aufgabenbezogenen, aber auch menschengerechten Anwendung solcher Regelungen in einer Zeit, die durch äußerst rasche technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen gekennzeichnet ist.

Auch das bestehende öffentliche Dienstrecht muß sich auf seine Eignung, auf seine Tauglichkeit bei der Bewältigung sich wandelnder Aufgaben und neuer Probleme untersuchen und prüfen lassen, wobei wir uns allerdings hüten sollten, aus Unzufriedenheit oder berechtigtem Unwillen über hartnäckige Einzelfragen, das Kind mit dem Bade auszuschütten.“

... „Die Dienstleistungen des Post- und Fernmeldewesens sind in einem hochindustrialisierten Gemeinwesen von existenzieller Bedeutung für Wirtschaft, staatliche Verwaltung und gesellschaftliches Zusammenleben. Die DBP ist das öffentliche Unternehmen für das Post- und Fernmeldewesen in der Bundesrepublik Deutschland. Die DBP arbeitet in hohem Maße personalintensiv. Die dienstrechtlichen Regelungen sind daher von herausragender Bedeutung für die Belange der DBP. Inwieweit diese Regelungen an betriebliche und personelle Erfordernisse angepaßt werden können und müssen, bedarf fortwährender Überprüfung durch die DBP und je nach Ergebnis eigener Maßnahmen oder über den Bereich der DBP hinausgehender Anstöße bei anderen zuständigen Stellen.“

... „Das Dienstrecht der Beschäftigten der DBP ist durch einen grundsätzlichen Unterschied gekennzeichnet: Etwa zwei Drittel des Personals stehen im Beamtenverhältnis, ein Drittel steht im Tarifverhältnis als Angestellte oder Arbeiter.

Das Beamtenverhältnis ist für die Beschäftigten der DBP entsprechend der Verfassung das reguläre Dienstverhältnis, denn die DBP wird nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in öffentlich-rechtlicher Form betrieben. Die Beschäftigten handeln demgemäß kraft öffentlich-rechtlicher Legitimation. Für ihre Indienstnahme ist als Regel das Dienst- und Treueverhältnis des Beamten vorgesehen.

Die traditionelle Beschäftigung von Beamten im Dienst der DBP hat sich bewährt. Dies zeigt sich in dem erfolgreichen Streben der Beamten nach guten Leistungen im Dienst, nach Versachlichung, Regelmäßigkeit und Unparteilichkeit. Dafür ist die positive Entwicklung der DBP in den letzten Jahrzehnten ein überzeugender Beweis. Die Beamtenregelungen gewährleisten auch eine angemessene Mindestversorgung der Bevölkerung mit den Leistungen des Post- und Fernmeldewesens im Fall von Arbeitskämpfen im öffentlichen Dienst.



MinR Stengel (BPM) während seines Referates in Heusenstamm.

Foto: A. Fontaine

Die beamtenrechtliche Struktur wird durch tarifrechtliche Regelungen organisch ergänzt. Einige Gruppen werden herkömmlich über Ausbildung und Tätigkeit im Tarifverhältnis an das Beamtenverhältnis herangeführt (z. B. Fernmeldehandwerker, Ang im mittl. Dienst). Viele Teilzeitkräfte stehen im Ang- oder Arb-Verhältnis, weil das Beamtenverhältnis von der Vollzeitbeschäftigung als Regel ausgeht. Für einzelne Tätigkeiten ist die Beschäftigung von Arb oder Ang nach der Kategorisierung der Dienstposten vorgegeben (z. B. im Fernmeldebaudienst oder in der Dienststelle Lz bei den FÄ). Das Tarifverhältnis tritt in bestimmten Fällen sinnvoll neben die Beamtenbeschäftigung (z. B. bei Abschluß befristeter Verträge, bei Ausländerbeschäftigung).

Die Zweispurigkeit der Regelungen wirft besondere Probleme auf. Vor allem Unterschiede in den Bezahlungsregelungen für Beamte einerseits und Tarifkräfte andererseits bewirken einen Trend der für das Beamtenverhältnis vorgesehenen Beschäftigten zum Verbleiben im Tarifverhältnis. Dem wird entgegen-gesteuert. In der langfristigen Entwicklung der letzten Jahrzehnte läßt sich zwar eine Annäherung vieler Einzelregelungen für die beiden Beschäftigtengruppen der Beamten und der Tarifkräfte feststellen, die grundsätzliche Verschiedenheit beider Statusverhältnisse hat das aber nicht aufgehoben.“

... „Im Grundsatz sind Fortentwicklungen des Beamtenrechts und des Tarifrechts in beachtlichem Umfang möglich. Das Recht des öffentlichen Dienstes ist unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln. Rechtswissenschaft und Rechtsprechung sehen innerhalb die-

ser Strukturgarantie des Grundgesetzes einen angemessenen weiten Raum zur Fortentwicklung des Dienstrechts. Dazu das nachstehende Zitat aus dem von Ernst B e n d a (vormals Bundesinnenminister und Präsident des Bundesverfassungsgerichts), Werner M a i h o f e r (vormals Bundesinnenminister) und Hans Jochen V o g e l (vormals Bundesjustizminister, jetzt SPD-Fraktionsführer im Deutschen Bundestag) herausgegebenen Handbuchs des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland: »Die Grundsätze sind abstrakt, angelegt auf gesetzliche Konkretisierung, fähig, sich den wechselnden Gegebenheiten des Staatslebens und den jeweils beruflichen Standards der Gesellschaft (Arbeitszeit, Urlaub, Einkommen usw.) anzupassen. Das Alimentationsprinzip verweist geradezu auf die allgemeinen Lebensbedingungen, die herrschenden Verbrauchs- und Lebensgewohnheiten.«“

## Der 2. Sitzungstag wurde durch den Bundesvorsitzenden Peter Behrend eröffnet

Die vorliegende Tagesordnung wurde verlesen und einstimmig von der Versammlung genehmigt. Der vorliegende Geschäftsordnung für den Bundesdelegiertentag '86 wurde stattgegeben und mit der Führung der Tagesleitung folgende Kollegen betraut: B.-P. Reimann, K. Wetzlar und R. Klein.

Bei der Wahl der **Antragskommission** wurde der Empfehlung des Bundesvorstandes entsprochen, da die vorgeschlagenen Kollegen schon am 12. 11. 1986 mit den Anträgen beschäftigt waren. Folgende Kollegen waren in der Antragskommission: F. Roschkowski, W. Mager und H. Befort.

Für die Wahl der **Mandatsprüfungskommission** wurden folgende Kollegen vorgeschlagen und einstimmig gewählt: J. Rieger, D. Kimminus und W. Zok.

In seinem **Geschäftsbericht** schilderte der Bundesvorsitzende Peter Behrend die umfangreiche Arbeit der letzten zwei Jahre. In diesem Zusammenhang erwähnte er besonders die gute Zusammenarbeit innerhalb des Bundesvorstandes, wobei er das persönliche Engagement mehrerer Kollegen besonders hervorhob.

Der **Kassenbericht** wurde vom Kollegen H. Scheiterlein vorgelesen. Nachfolgend bestätigten ihm die Kassenprüfer eine korrekte und übersichtliche Kassenführung. Sie beantragten gleichzeitig, dem Kassierer Entlastung zu erteilen.

Mit dem nächsten Tagesordnungspunkt wurde die Entlastung des gesamten Bundesvorstandes beantragt; sie wurde einstimmig erteilt.

Bei den nun anstehenden Neuwahlen des Bundesvorstandes wurden folgende Kollegen gewählt:

Bundesvorsitzender	Peter Behrend	(BzV Berlin)
Stellvertretende		
Bundesvorsitzende	Franz Roschkowski	(BzV Dortmund)
	Josef Rieger	(BzV Hessen)
Schriftführer	Bernd-Peter Reimann	(BzV Hessen)
Stellvertretender		
Schriftführer	Willy Mager	(BzV Rhein-Ruhr)
Kassierer	Hermann Scheiterlein	(BzV Hessen)
Stellvertretender		
Kassierer	Kurt Wetzlar	(BzV Hessen)

Als Kassenprüfer für die Kasse des Bundesvorstandes wurden die Kollegen Khz. Boller und H.-W. Fuhrmann gewählt.

Zum Abschluß der Tagung ergaben sich unter dem Punkt „**Verschiedenes**“ noch lebhafte Diskussionen, bei denen weitere Vorschläge zur Lösung anstehender Probleme sowohl auf Bezirks- als auch auf Bundesebene erörtert wurden.

Das **Schlußwort** sprach der Bundesvorsitzende Peter Behrend, der sich bei den Delegierten für die rege Mitarbeit bedankte.



Der neugewählte VDFP-Bundesvorstand: 1. Reihe (von nach rechts): Franz Roschkowski, Peter Behrend, Karl Josef Rieger, Hermann Scheiterlein, Jürgen Berger; 2. R Reinhold Gering, Willy Mager, Rolf Klug, Dieter Kimr 3. Reihe: Hans Maier, Kurt Wetzlar, Rudolf Klein, Bernd-Reimann.

Foto: A. Fon

\* \* \*

## Resolution des Bundesdelegiertentages 1986

**In einem Telegramm an Bundeskanzler Helmut Kohl, Bundespostminister Dr. Schwarz-Schilling, den Parteivorsitzenden SPD Willi Brandt und den Parteivorsitzenden der FDP N Bangemann forderte der Bundesdelegiertentag der VDFI sofortige Zuweisung der unbesetzten Cft-Dienstposten für Bft-Dienst:**

„resolution des delegiertentages 1986 der vereinigung scher fernmeldetechniker post ev in heusenstamm + + + 1980 sind ca. 1500 dienstposten im cft-dienst mit ingenie bei der deutschen bundespost, trotz aller maßnahmen, u setzt geblieben + + + die hier aufkommenden tätigkeiten unbesetzten cft-dienstposten werden von beamten des r ren technischen dienstes wahrgenommen + + + zur be gung des schon seit 40 Jahren bestehenden mißstandes dern wir die einföhrung einer technikerlaufbahn der b dungsgruppen a 7 bis a 11 anstelle des jetzigen bft-die + + + als mögliche zwischenlösung fordert die vereini deutscher fernmeldetechniker post ev die sofortige zuwei der unbesetzten cft-dienstposten im rahmen einer funkt gruppe in den bft-dienst + + +“

## Der Bundesdelegiertentag 1986 im Spiegel der Presse

Mit der nachfolgenden Presseinformation wurde die ört Presse vom Arbeitskreis Nachrichten-Redaktion von dem vorstehenden Treffen der VDFP informiert:

„Die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post – VDFP – veranstaltet ihren Bundesdelegiertentag vom 13. bis 15. November 1986 im Kultur- und S zentrum Martinsee in 6056 Heusenstamm.

Im Mittelpunkt des Delegiertentages 1986 steht die : bahnstruktur des mittleren technischen Dienstes bei Deutschen Bundespost. Über 120 Delegierte aus dem gesamten Bundesgebiet werden sich mit 40 Anträgen zu rufspolitischen Problemen des mittleren technischen l stes der Deutschen Bundespost befassen.

Nach Auffassung der VDFP wird die Entwicklung der Telekommunikation in den letzten Jahren durch die besonderen Laufbahnstrukturen behindert: Man kann, so die Meinung der VDFP, die Technik von morgen nicht mit Dienstrechtsvorschriften von gestern betreiben.

Deshalb fordert die VDFP eine Abkehr vom bestehenden starren Laufbahnsystem durch:

- die umgehende Einführung einer Technikerlaufbahn mit Kräften des mittleren technischen Dienstes,
- eine Neuordnung der Tätigkeiten zu den Laufbahnen,
- eine Angleichung des Bewertungsschlüssels an vergleichbare Schlüssel der Länder und der Kommunen,
- die Einführung einer analytischen Dienstpostenbewertung.

Der Hinweis auf den unkündbaren und sicheren Arbeitsplatz bei der Deutschen Bundespost kann als Argument des Arbeitgebers nicht akzeptiert werden.

Es muß sich die Erkenntnis durchsetzen, daß die Technik vom Menschen beherrscht werden muß und nicht die umgekehrte Situation eintritt. Die Einführung neuer Techniken darf nicht Selbstzweck werden, sie würde unter diesem Aspekt nur die in weiten Kreisen der Bevölkerung vorherrschende Technologiefeindlichkeit fördern.“

\* \* \*

## **Das Presse-Echo, von der Bergstraße bis nach Gießen, bestätigt das Interesse der Öffentlichkeit an der Arbeit der VDFP:**

### **Die Post speckt ab**

**Bis 2020**

**28 000 Stellen weniger**

Heusenstamm (op). – Im mittleren fernmeldetechnischen Dienst der Deutschen Bundespost werden bis zum Jahr 2020 mit der Einführung der Digitaltechnik rund die Hälfte der jetzt 56 000 Stellen wegfallen. Dies erklärte der Präsident der Oberpostdirektion Frankfurt, Albert Albensöder, am Donnerstag bei der Eröffnung des Bundesdelegiertentages 1986 der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post in Heusenstamm.

Albensöder kündigte an, daß die Post auf der personellen Seite mit neuen Ausbildungsberufen, Höherqualifikationen und neuen Laufbahnstrukturen auf diese Entwicklung reagieren werde.

Der hessische Landesvorsitzende der Vereinigung, Helmut Belfort, befürchtet, daß auch in diesem Fall die Entwicklung des technischen Systems im Vordergrund, das Personal aber wieder im Hintergrund stehen werde. Die Einführung des Kommunikationselektronikers als Ausbildungsberuf sei ein erster Schritt, der aber bei weitem noch nicht ausreiche. Andere müßten folgen.

Bei der dreitägigen Veranstaltung in Heusenstamm vertreten 120 Delegierte die rund 10 000 Mitglieder der Vereinigung im Bundesgebiet.

Offenbach-Post  
Freitag, 14. November 1986

### **Fernmeldetechniker prangern Laufbahn- hindernisse an**

Heusenstamm (Ihe). – Die Einführung einer Technikerlaufbahn, verbunden mit einer Reform der Beamtenlaufbahnverordnung, forderte am Samstag die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker im Postbereich bei ihrer Bundesdelegiertenkonferenz in Heusenstamm im Kreis Offenbach. Der Bundesvorsitzende Peter Behrend begründete die Forderung mit den wachsenden Ansprüchen an die Qualifikation der Mitarbeiter, für die es im Besoldungsrecht heute keine angemessene Anerkennung gebe. Bezahlung und Aufgabeninhalte der Fernmeldetechniker stimmten längst nicht mehr überein, sagte Behrend. Deshalb dürfe die Grenze zwischen dem mittleren und dem gehobenen Dienst nicht länger ein Laufbahnhindernis für die Fernmeldetechniker sein. Behrend verwies darauf, daß es in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes in ähnlichen Fällen Laufbahnsonder-

regelungen gebe. Die Post dürfe ihren Mitarbeitern nicht verwehren, was bei Bundeswehr und Justiz möglich sei. Bei der Delegiertenkonferenz in Heusenstamm vertraten 120 Delegierte die rund 10 000 Mitglieder der Vereinigung.

Bergsträßer Anzeiger  
Montag, 17. November 1986

### **Angemessene Anerkennung für Qualifikation fehlt**

Heusenstamm (Ihe). – Die Einführung einer Technikerlaufbahn, verbunden mit einer Reform der Beamtenlaufbahnverordnung, forderte die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker im Postbereich bei ihrer Bundesdelegiertenkonferenz in Heusenstamm im Kreis Offenbach. Der Bundesvorsitzende Behrend begründete die Forderung mit den wachsenden Ansprüchen an die Qualifikation der Mitarbeiter, für die es im Besoldungsrecht heute keine angemessene Anerkennung gebe. Bezahlung und Aufgabeninhalte der Fernmeldetechniker stimmten längst nicht mehr überein, sagte Behrend.

Gießener Anzeiger  
Montag, 17. November 1986

### **Post-Techniker fordern eigene Laufbahn**

Heusenstamm (Ihe). – Die Einführung einer Technikerlaufbahn, verbunden mit einer Reform der Beamtenlaufbahnverordnung, forderte die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker im Postbereich bei ihrer Bundesdelegiertenkonferenz in Heusenstamm. Bundesvorsitzender Behrend begründete die Forderung mit wachsenden Ansprüchen an die Qualifikation der Mitarbeiter, für die es im Besoldungsrecht heute keine angemessene Anerkennung gebe. Bezahlung und Aufgabeninhalte der Fernmeldetechniker stimmten längst nicht mehr überein. Deshalb dürfe die Grenze zwischen dem mittleren und dem gehobenen Dienst kein Laufbahnhindernis mehr für Fernmeldetechniker sein.

Gießener Allgemeine  
Montag, 17. November 1986

### **Postler verlangen mehr Geld**

**Fernmeldetechniker: Neue Laufbahn für mittleren Dienst**

Heusenstamm (UK). – Mehr Geld wollen die Fernmeldetechniker der Post. Ihre Bundesvereinigung forderte deshalb am Samstag beim Delegiertentag in Heusenstamm die Einführung einer Technikerlaufbahn für den mittleren Dienst. Als dringend änderungsbedürftig betrachtet sie die Laufbahnordnung des Bundesbeamtengesetzes gerade wegen der Neuerungen im Bereich der Telekommunikation.

Die Fernmeldetechniker sehen eine sich beständig weiter öffnende Schere zwischen ihrer Qualifikation und ihrer Besoldung. Daß die Aufgaben zunehmend differenzierter würden, argumentieren sie, fände keinen Niederschlag in der Bezahlung. Die Aus- und Fortbildung für den mittleren technischen Dienst bei der Post entspräche jetzt schon der Ausbildung eines staatlich geprüften Technikers.

Nach den Vorstellungen der Interessenvertretung soll die neue Laufbahn am Berufsbild des Kommunikationselektronikers anknüpfen, mit dessen Verwirklichung im nächsten Jahr begonnen wird.

Druck ausüben will die Vereinigung sowohl auf den Bundespostminister als auch auf den Bundesinnenminister, der für die Laufbahnordnung ebenfalls zuständig ist. Auch der Finanzminister hat ein Wörtchen mitzureden, schließlich entstünden dem Bund höhere Ausgaben. Kritik an Bonn üben die Fernmeldetechniker, weil einerseits das Leistungs-Kostenverhältnis bemüht werde, andererseits die höheren Leistungen den Kosten nicht angepaßt seien.

Offenbach-Post  
Montag, 17. November 1986

### **Den Aufstieg erleichtern**

**Postler diskutierten über Laufbahnverbesserungen**

Heusenstamm (ho). – Die Forderung nach einer günstigeren Laufbahn für die Kräfte des mittleren technischen Dienstes bei der Bundespost stand im Mittelpunkt einer Tagung von rund 120 Delegierten der „Vereinigung Deutscher Fernmeldetechni-

ker Post“ (VDFP), die im Kultur- und Sportzentrum Martinsee stattfand.

Derzeit fehlen, so Bundesvorsitzender Peter Behrend gegenüber der FR, der Post rund 1700 Ingenieure dieser Berufsgruppe. Grund: „Die Industrie saugt die Qualifizierten ab.“ Die Einführung neuer Techniken bei der Post, die vor allem elektronische Übertragungsformen betreffen, erfordere von den Bediensteten einen wesentlich höheren Kenntnisstand als früher – dem werde die Bundespost in den derzeitigen Aufstiegschancen nicht gerecht. Gefordert sei daher eine neue Laufbahnordnung.

Tagungsgast Ekkehardt Stengel, Ministerialrat im Bundespostministerium, räumte eine „mangelhafte Flexibilität der bestehenden Regelung“ ein, warnte aber davor, „aus Unzufriedenheit das Kind mit dem Bade auszuschütten“. Das Ministerium prüfe, ob Änderungen möglich seien – mehr könne derzeit öffentlich nicht gesagt werden.

Langfristig rechnet die Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker für ihren Bereich mit einem Rückgang des Personalbedarfs um die Hälfte. Bis 1990 werde die Zahl der Beschäftigten noch leicht ansteigen, die Halbierung sei bis zum Jahr 2020, vor allem hervorgerufen durch die neue „digitale Verbreitungstechnik“ elektronisch übermittelter Informationen, zu erwarten. „Daran“, so Behrend, „kommen wir nicht vorbei.“ Er gehe davon aus, daß der verringerte Bedarf vom „Altersabbau“ aufgefangen werde.

Frankfurter Rundschau  
Donnerstag, 20. November 1986

## Konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes

am 12. und 13. Dezember 1986

Am 12. und 13. Dezember 1986 fand in der VDFP-Geschäftsstelle in Frankfurt die Konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes statt.

Der Bundesvorsitzende Peter Behrend stellte in einem kurzen Rückblick auf den Bundesdelegiertentag 1986 fest, daß der Delegiertentag in Form und Ablauf als voller Erfolg zu werten ist. Insbesondere ging er noch einmal auf das Referat des MinR Ekkehardt Stengel ein.

Unter anderem wurden folgende Punkte ausführlich behandelt:

1. Für das Geschäftsjahr 1987 wurden folgende Sitzungstermine des Bundesvorstandes festgelegt:  
13. und 14. März 22. und 23. Mai  
11. und 12. September 04. und 05. Dezember  
An den vorgenannten Tagen ist der Bundesvorstand unter der Rufnummer (0 69) 77 30 38 in der Geschäftsstelle zu erreichen.
2. Die Koordinatoren für die Arbeitskreise des Bundesvorstandes wurden wie folgt eingeteilt:

Arbeitskreis	Koordinator
FeV/Sv/DIV	Dieter Kimminus
FeE	Josef Rieger
MgF/BF/PIF	Hans Maier
Pt (Kr und M)	Klaus-Jürgen Haas
Fus/FeÜ/FuÜ	Jürgen Berger
Laufbahngestaltung	Peter Behrend
DE/DÜ	Reinhold Gering
Marketing	Franz Roschkowski
PIL/BK/BBz	Willy Mager
Versorgung	Karl Fischer
Werbung u. Information	Josef Rieger
3. Mit der Behandlung der Anträge des Bundesdelegiertentages 1986 wurde der Kollege Josef Rieger beauftragt. Er unterrichtet die antragstellenden Bezirke schriftlich über die Ergebnisse.

## Aus den Bezirken

### Bezirk Franken

Am 29. November 1986 wurde in der Kantine des FA 2 Nürnberg die Jahreshauptversammlung des VDFP-Bezirks Franken, verbunden mit Neuwahlen für den Bezirk sowie der Ortsvereinigung Nürnberg, durchgeführt.

Bezirkvorsitzender Kohler konnte bei Beginn der Veranstaltung den Stellvertretenden Bundesvorsitzenden Josef Rieger begrüßen, der in seinem Referat über das „FA Zukunft“ sowie über die „Einrichtung von Dienststellen TK“ berichtete. Die einzelnen Punkte seines Vortrages waren:

- Neuorganisation der Fernmeldeämter, bedingt durch den Wandel der Technik
- Besserer „Verkauf“ von Dienstleistungen
- Förderung des Absatzes von Endgeräten
- Aufbau einer kundendienstorientierten Vertriebsorganisation
- Einrichtung von Dienststellen TK durch Zusammenfassung von bestehenden Organisationseinheiten

In der Aussprache zum Referat ging Kollege Rieger besonders auf die Aufgaben, Initiativen und Erfolge der VDFP ein. Dazu gehören u. a. die Vorlage eines neuen Ausbildungskonzeptes für den mittleren technischen Dienst, die Verwirklichung des 9-Punkte-Forderungskatalogs, die Laufbahnneugestaltung von A 7 bis A 10 für den mittleren technischen Dienst sowie Verbesserungen bei der Bewertung und beim Stellenschlüssel. In seinem Geschäftsbericht stellte der Bezirksvorsitzende erfreut ein stetiges Ansteigen der Mitgliederzahlen fest. Den Zugang von 44 neuen Mitgliedern bezeichnete er als Erfolg der Bezirksarbeit, aber auch der zunehmenden Anerkennung der VDFP bei den Kollegen des mittleren technischen Dienstes.

Eine besondere Ehrung wurde dem Kollegen Mathes zuteil, der als 1. Schriftführer seit 30 Jahren beim Bezirksvorstand tätig ist. Der Bezirksvorsitzende sprach ihm seinen Dank und die Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Die Neuwahlen des Bezirksvorstandes brachten folgendes Ergebnis:

Bezirkvorsitzender wurde	Kollege Kohler	(FASi)
Stellvertreter	Kollege Neher	(FeV)
Stellvertreter	Kollege Jakob	(MgF)
Schriftführer	Kollege Hildner	(PIF)
Stellvertreter	Kollege Mayer J.	(TVerb)
Kassierer	Kollege Beer	(PIF)
Stellvertreter	Kollege Liedel	(N)

Der Vorsitzende der OV Nürnberg, Arnold Obermeier, berichtete über Aktivitäten der Ortsvereinigung. Bei der Neuwahl des Ortsvorstandes wurde Kollege Sopper (MgF) zum Vorsitzenden der OV gewählt. Sein Stellvertreter ist Kollege Obermeier (FeV-RBL), Schriftführer der OV ist Kollege Hirner (BF) und sein Stellvertreter Kollege Frank (Post-Museum).

\* \* \*

### Bezirk Hessen

Am 02. Oktober 1986 trafen sich 120 Delegierte der neun hessischen Ortsvereinigungen in Alsfeld zum Bezirksdelegiertentag der VDFP Hessen. Der Vorsitzende der OV Fulda begrüßte die angereisten Gäste der OPD, des FTZ, des FA Fulda, des Bezirkspersonalrates, der Deutschen Postgewerkschaft sowie den Vertreter der Stadt Alsfeld und eine Abordnung des VDFP-Bundesvorstandes.

Nach der Begrüßung eröffnete der Bezirksvorsitzende Helmut Befort den Bezirksdelegiertentag. Seine ersten Worte richtete er an die Kollegen der OV Fulda und bedankte sich dabei für die Vorbereitung der Tagung. In seinen weiteren Ausführungen sprach er unter anderem folgende Themen an:

- Personalwirtschaftliche Entwicklung bei der DBP
- Verunsicherung des Personals
- Übermäßige Fülle von Verfügungen

- Neubemessungen
- Einführung neuer Techniken ohne vorgefertigte Konzepte
- Neue Ausbildungsordnung: Auswirkungen auf den mittleren technischen Dienst

Am Schluß seiner Rede äußerte sich der Bezirksvorsitzende, an die Gäste gewandt, erfreut über das Interesse, das der VDFP-Arbeit in zunehmendem Maße entgegengebracht wird.

Aus den Grußworten der Gäste war die steigende Anerkennung der VDFP leicht erkennbar. Sowohl von der OPD als auch vom FTZ wurde betont, daß sich die Einführung neuer Techniken sehr stark auf den mittleren technischen Dienst auswirken wird. Organisationsänderungen in den Dienststellen werden nicht zu vermeiden sein und zum Teil Bewertungsänderungen zur Folge haben. Auch die Einführung neuer Dienste und Techniken sowie die damit verbundenen Änderungen der Aus- und Fortbildung werden Probleme aufwerfen. Bei der Lösung laufbahnspezifischer Fragen wird, so die Sprecher der OPD und des FTZ, die Mitarbeit der VDFP erwartet.

Der Sprecher der Deutschen Postgewerkschaft forderte in seinem Grußwort gemeinsame Anstrengungen zur Erhaltung aller Bereiche des Fernmeldedienstes der Deutschen Bundespost und zur Verhinderung von Privatisierungsabsichten; evtl. im Endstellenbereich.

Grüße des VDFP-Bundesvorstandes überbrachte Kollege Josef Rieger. Nach seinen Worten sind negative Auswirkungen auf die Kundenbetreuung durch den täglichen Kampf um den Arbeitsplatz, verursacht durch Kürzungen und Rationalisierungsmaßnahmen, zu befürchten. Vornehmlich durch die Einführung neuer störungsfreier Techniken sieht Rieger die personellen Zukunftsaussichten nicht gerade ermunternd.

Ein Referat zum Thema „Die Entwicklung der BFT-Laufbahn unter den Einflüssen neuer Techniken und neuer Dienste“ wurde von Herrn Dipl.-Ing. Erast v. Jasienicki (OPD UAbtL 2 a) vorgetragen. In sehr übersichtlicher und verständlicher Form zeigte er die Personalsituation im Bereich der OPD Frankfurt auf und sagte am Schluß seines Referates:

*„Meine Damen und Herren, ich hoffe Ihnen gezeigt zu haben, daß es trotz einer generellen Umschichtung in unseren Fernmeldesystemen Möglichkeiten gibt, für alle einen geeigneten Arbeitsplatz auch in der Zukunft bereitzuhalten und anzubieten. Es geht aber nicht ohne die aktive Mitarbeit und Engagement eines jeden einzelnen. Wenn uns das gelingt, dann kann die Deutsche Bundespost auch als Verwaltung ein modernes Unternehmen sein, so, wie es unserem Minister vorschwebt, ohne Gefahr zu laufen, von einer Privatisierungswelle überrollt zu werden.“*

*Am Schluß meiner Ausführungen möchte ich zur Arbeit Ihrer Vereinigung überleiten und darauf hinweisen, daß es für die Verwaltung, aber in erster Linie auch für Ihre Mitglieder sehr wichtig ist, konstruktive Anregungen auch von Ihrer Seite zu erhalten. Den Wechsel in das neue technische Zeitalter kann niemand aufhalten, weder bei uns in der Bundesrepublik noch im Ausland. Helfen auch Sie mit, und wir werden gemeinsam die Probleme zugunsten unserer Bediensteten, aber auch zugunsten unserer Kunden lösen.“*

Im internen Teil der Tagung berichtete der Bezirksvorsitzende Helmut Befort von den Sitzungen, Veranstaltungen, Initiativen und Maßnahmen des Bezirksvorstandes in den letzten zwei Jahren. In seiner positiven Bilanz über die Arbeit der Ortsvereinigungen stellte er den Zuwachs an Mitgliedern um 3,37% als besondere Leistung heraus.

Bei der Neuwahl des Bezirksvorstandes wurde **Helmut Befort** erneut und einstimmig zum Vorsitzenden der BzV Hessen wiedergewählt. Seine bisherigen Stellvertreter **Walter Breitenbach** und **Paul Hell** wurden ebenfalls in ihren Ämtern bestätigt. Auch der Kassierer **Volker Thierfelder** und sein Stellvertreter **Karlheinz Boller** sowie der Schriftführer **Herbert Kröck** und sein Stellvertreter **Hermann Czepa** wurden in ihren Ämtern bestätigt.

\* \* \*

## Bezirk Münster

Information für die Kollegen, deren Ruhensbezüge jetzt und künftig nach § 55 BeamtVG geregelt werden.

Das Bundesverfassungsgericht wollte die Klage gegen § 55 BeamtVG noch im Jahre 1986 behandeln, bisher ist nichts gesehen.

Die Fachpresse und die Tageszeitungen haben vielfach von einer Entschärfung der Ruhensregelung nach § 55 BeamtVG berichtet:

Für Alt-Versorgungsempfänger sollte der Freibetrag der Rente von jetzt 20% auf 50% angehoben und ein „Moratorium“ dergestalt eingeführt werden, daß der Ausgleichsbeitrag nach dem 2. HStruktG nicht weiter abgeschmolzen wird.

In der Regierungskoalition scheint aber von Berichten dieser Art nichts bekannt zu sein. Die vom Bundesfinanzminister verhängte Ausgabenstopp hat kaum Aussicht auf Verwirklichung. Die Betroffenen tun gut daran, auf Presseveröffentlichungen zur Neuregelung des § 55 BeamtVG weiterhin skeptisch zu reagieren.

\* \* \*

## Bezirk Rhein-Ruhr

### Willy Mager neuer Bezirksvorsitzender

Auf der Jahreshauptversammlung im November '86 der BzV Rhein-Ruhr im Casino des FA Duisburg wählten die anwesenden Mitglieder einstimmig Willy Mager zu ihrem Vorsitzenden. Er löst damit Herbert Dissen ab, der wegen Übernahme von kommunalpolitischen Aufgaben zurücktrat, er bleibt aber dem neuen Bezirksvorstand als Stellvertretender Vorsitzender weiterhin eng verbunden. Die anwesenden Mitglieder dankten Herbert Dissen für seine bisherige Arbeit in der BzV Rhein-Ruhr. Alle anderen Mitglieder des Bezirksvorstandes wurden einstimmig in ihren Ämtern bestätigt.

Der neue Vorstand setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen:

1. Vorsitzender	Willy Mager	FA Essen (PIL)
Stellvertretende Vorsitzende	Herbert Dissen	FA Wesel (FeV)
	Jürgen Schmitz	FZA Düsseldorf (BBi)

Im weiteren Verlauf der Jahreshauptversammlung hielt ein Vertreter der Firma Siemens ein aufschlußreiches Referat über die Einführung und die technischen Möglichkeiten von ISDN.

---

## Aus den Arbeitskreisen

Die Meldungen und Berichte „Aus den Arbeitskreisen“ werden auch dieses Jahr in einer Sonderausgabe zusammengefaßt.

---





# Nachrichten

Mitteilungsblatt der Vereinigung

Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V.

21. Jahrgang

Sonderausgabe zu 1/1986

## Aus den Arbeitskreisen

**Arbeitskreis  
Laufbahngestaltung**

Seite 2

**Arbeitskreis Fus  
BemBer 416**

Seite 3

**Arbeitskreis MgF  
BemBer 374**

Seite 2

**Arbeitskreis PIL  
BemBer 431**

Seite 3

**Arbeitskreis FeV-SPC  
BemBer 383  
Anhang SPC**

Seite 2

**Arbeitskreis FeE  
BemBer 382**

Seite 4

**Arbeitskreis FeV  
BemBer 383**

Seite 3

**Arbeitskreis DE/DÜ  
BemBer 392 und 395**

Seite 4

## Arbeitskreis Laufbahngestaltung

Nach dem neuesten Kenntnisstand der VDFP werden zur Zeit Gespräche beim BPM über ein neues Berufsbild im Bereich der fernmeldetechnischen Ausbildung geführt.

Durch den grundlegenden Wandel in der Fernmeldetechnik und der rasanten Entwicklung der Kommunikationstechnik muß folgerichtig auch die Ausbildung für den mittleren technischen Dienst der Situation angepaßt werden. Die VDFP hat in einem Arbeitskreis folgende Vorschläge erarbeitet:

### BfT-Laufbahnausbildung

Die Laufbahnausbildung wird in zwei Blöcken durchgeführt, einem **Grundlagenblock** und einem **Aufbaublock**. Diese Blöcke bestehen aus einem fachtheoretischen und einem praktischen Teil (entsprechend § 20 Bundeslaufbahnverordnung, Vorbereitungsdienst). Der **Grundlagenblock** umfaßt vier Monate praktische und zwei Monate fachtheoretische Ausbildung.

Der erfolgreiche Abschluß führt zur weiteren Ausbildung mit dem Aufbaublock.

Der **Aufbaublock** umfaßt 14 Monate praktische und vier Monate fachtheoretische Ausbildung. In der fachtheoretischen Ausbildung ist eine vierwöchige Verwaltungsausbildung enthalten.

Die dienstspezifisch geprägte Fernmeldetechnik bisheriger Form, mit ihren unterschiedlichen Bauelementen und Baugruppen, wird in Zukunft durch die digitale Einheitstechnik (ISDN) keine abgegrenzten Tätigkeitsmerkmale mehr aufweisen. Mit Einführung des ISDN ist eine Abgrenzung der Fachbereiche überholt. In Zukunft wird der mittlere technische Dienst durch diese Ausbildungsform in die Lage versetzt, die künftige technische Entwicklung der Kommunikationstechnik zu verarbeiten und in rationelle Tätigkeit umzusetzen.

Die durch die neue Ausbildungsform erzielte Qualifikation rechtfertigt eine angemessene Beteiligung bei der Tätigkeitsaufschlüsselung der neu einzuführenden Techniken, vor allem im Bereich der Meßtätigkeiten und Leitfunktionen.

### Laufbahnprüfung

Die Laufbahnprüfung besteht aus einer häuslichen Prüfungsarbeit aus dem technischen Bereich, einer mündlichen Prüfung (Rundgespräch) und der mitgebrachten Punktzahl aus den erfolgreich abgeschlossenen Lehrgängen.

Die Prüfung soll folgende Nachweise erbringen:

- Laufbahnbefähigung nach der Bundeslaufbahnverordnung
- Neben dieser Laufbahnbefähigung muß über die Ausbildungszeit BfT und den erfolgreichen Abschluß der Prüfung den Prüflingen ein Befähigungszeugnis im Bereich Kommunikationstechnik ausgehändigt werden.

### Laufbahngestaltung

Die höherwertige Ausbildung erfordert einen ausbildungsgerechten Einstieg und den Zugang zu höherwertigen Tätigkeiten. Die Verzahnung mit der nächsthöheren technischen Laufbahn ist sicherzustellen.

## Arbeitskreis MgF

In der Sitzung des Arbeitskreises stand die Auswertung der aus dem gesamten Bundesgebiet zurückgeflossenen Daten über Prüf- und Abnahmetätigkeit im Bemessungsbereich (BemBer) 374 MgF im Vordergrund.

Grundlage der Auswertung waren die Angaben aus den Bezirken über den Umfang und die Durchführung der Prüftätigkeiten bei MgF (früher Abnahme durch die DSt BF). Aus den Berichten der Bezirke zeichnen sich nachfolgende Punkte als besonders dringlich ab, obwohl zur Zeit nicht einheitlich verfahren wird:

1. Alle Funktionsprüfungen der von MgF errichteten Anlagen werden auch von MgF durchgeführt. MgF bescheinigt der DSt BF die Funktionsfähigkeit der von ihr errichteten Anlagen.
2. Alle bei MgF anfallenden Prüfarbeiten werden vom Montagegruppenleiter unter Mithilfe von Montagekräften durchgeführt.
3. Der Umfang der Prüfarbeiten ist sehr verschieden. Er ist im wesentlichen davon abhängig, ob automatische Prüfeinrichtungen (APrE) eingesetzt werden können oder ob alles von Hand geprüft werden muß. Änderungsarbeiten nehmen teilweise nur 25 % der gesamten Zeit in Anspruch, die andere Zeit wird für die notwendigen Prüfarbeiten benötigt.

## Arbeitskreis FeV-SPC

Das BPM hat die aufbauorganisatorischen Regelungen für das Betreiben der speicherprogrammgesteuerten Fernsprechvermittlungstellen vorgelegt. Da die Auswirkungen dieser neuen OrgRichtl für die BfT-Kräfte der Dienststelle FeV erst in ca. 3 bis 5 Jahren wirksam werden, schlägt der ArbKr folgende Änderungen vor:

1. BfT-Kräfte der Regionalen Betriebslenkung (RBL) Aufgabenträger „Systemabhängiges Instandhalten“ (SABI) und „Systemunabhängiges Instandhalten“ (SUBI).

*Die Aufteilung der Kräfte in SABI und SUBI ist nicht festgelegt. Bedingt durch die hohe Diagnoseschärfe der SPC-Fernsprechvermittlungssysteme und der geringen Hardware/Software-Fehlerrate sowie der hohen Verfügbarkeit ist davon auszugehen, daß die SABI eine kleine Gruppe bleiben, wogegen die SUBI den mit Abstand größten Teil der „Regionalen Instandhaltung“ (RI) bilden werden.*

*Die eingehende Diskussion ergibt, daß die BPM-Vorschläge gültig und in der jetzigen Form nicht angreifbar sind. Der ArbKr wird sich nach der Anlaufphase nochmals mit diesem Problem befassen.*

2. BfT-Kräfte der FEUST (EWS)

Die Aufgabenträgernummer (AtNr) FEUST 383 93 soll in RBL 383 25 und 26 aufgeteilt werden.

*Die AtNr 383 93 (BfT-EWS) ist nicht aufzuteilen in die AtNr 383 25 und 383 26, sondern vorbehaltlos in die AtNr 383 25 zu überführen für das Betreiben von EWS-Systemen.*

*Die bisherige Entstörphilosophie bei EWS-FEUST sieht keine ZI-Unterstützung vor. Ein Entstörvorgang beinhaltet deshalb immer ein hohes Maß von Systemkenntnissen, da die Kräfte universell einsetzbar sein müssen.*

3. Einsatzleiter Innendienst (RBL)

1. Dienstposten A 9, AtNr 383 22

*Künftig sollte für alle FA der 1. Dienstposten (Dp) nach A 9 ausgewiesen werden. Bei Überführung in den Endzustand muß die AtNr 383 22 nach A 9 erhalten bleiben.*

#### 4. BfT-Kräfte bei der Fehlersuche in der ZI beteiligen.

*BfT-Kräfte der ZI sollen an der Unterrichtserteilung der ZI sowie bei der Fehlerbeseitigung beteiligt werden. Zur Zeit ist nur das Betreiben der Referenzanlagen der ZI vorgesehen.*

#### 5. Einzelplatzrechner (EPR) sollen eingeführt werden.

*Der Arbeitskreis befürwortet die Einführung der EPR. Die EPR dürfen jedoch nur für die Störungsstatistik und Erfassung von technischen Daten benutzt werden – auf keinen Fall für persönliche Daten.*

#### 6. Betriebsführungstechnik

*Solange keine Betriebsführungstechnik vorhanden ist, ist in den Betriebsabläufen eine erschwerte Aufgabenerfüllung gegeben, z. B. unterschiedliche Systemmeldungen und Aufrufparameter sowie Eingabe von Kommandos der MML. Dieses muß bei der Bemessung berücksichtigt werden.*

#### 7. Rückfluß von Bewertung EMD-DIV

*Der ArbKr wird sich bei der nächsten Tagung mit der Überarbeitung der Aufgabengliederung 383 . . FeV-SPC sowie dem Betriebskonzept FeV-SPC befassen.*

## Arbeitskreis FeV

### FeV-Kollegen gegen die Dauer der Festschreibung

Heftige Kritik an der Dauer der Festschreibung im Bemessungsbereich 383 FeV übte der im November 1985 in Frankfurt tagende Arbeitskreis. Unverständlich ist für die Betriebskollegen, daß die Einrichtungen bei neuen Diensten (AGRU, INDI, Btx und StöME 1) zwar zu entstören und zu warten sind, jedoch keine Bemessungsdaten auf den Erhebungsbögen berücksichtigt werden. Die Festschreibung der ApN über so lange Zeit ist nichts anderes als eine Manipulation der Bemessung. In einem Entwurf empfiehlt der ArbKr zu dieser Problematik das BPM anzuschreiben, da dieses Verfahren sich auch bei anderen Bemessungsbereichen wiederholt.

VDFP-intern soll in den Bezirken darauf geachtet werden, daß in den Dienststellen eine stetige Aktualisierung der ApN erfolgt, zumindest dann, wenn über Zuwächse ein Mehr an Arbeitsposten zu erwarten ist. Zu achten ist auf mögliche Alterungszuschläge und Verbundarbeiten für andere Dienststellen.

Zum DV-Verfahren **BISON** (Betriebsinformationssystem im ON-Line-Verfahren) wurde als möglicher Nachteil aufgezeigt, daß durch die Bildschirmarbeit ggf. die Wertigkeit der Arbeit sinkt. Ob diese Geräte von Laufbahnkräften BfT gewartet werden, war nicht bekannt. In jedem Fall spricht sich der ArbKr gegen die Wartung durch private Firmen aus. Personalkürzungen an den FeV-Einsatzplätzen seien durch dieses Verfahren nicht zu erwarten. Der schnellere Zugriff zu Dispositionsdaten wurde positiv gesehen.

Zur Bildschirmarbeit allgemein ist sicherzustellen, daß die Qualität der Berufsausbildung und der Berufserwartung sich nicht verringert. Ebenso darf es nicht zu Tätigkeitsverlagerungen von BfT nach CFt führen, wie dies derzeit bei DIN-VSt erkennbar ist. Dies gilt insbesondere für die Bedien- und Meßtätigkeiten, bei denen BfT-Kollegen gegenüber CFt-Kollegen kostengünstiger eingesetzt werden können.

Die nicht aufzuhaltende Verminderung der Einsatzplätze durch die Einführung von DIV mindert erheblich die Berufserwartungen im Bemessungsbereich 383 FeV.

## Arbeitskreis Fus

Der ArbKr Fus hat sich in seinen letzten Sitzungen mit dem vorliegenden Entwurf einer neuen OrgRichtl Fus auseinandergesetzt.

Die Korrektur der Aufgabengliederung und das überarbeitete Organigramm wurde in der vorliegenden Form als zweckmäßig gewertet. Die im Organigramm aufgezeigten Führungsbeziehungen staffeln sich in:

**Dienststellenleitung**  
**Kundendienstlenkung**  
**Servicegruppe**

Hier wird mit der Stufe Kundendienstlenkung den Erfordernissen einer kundenbezogenen Service-Dienststelle Rechnung getragen (FA-Zukunft).

Neben dem Gruppenleiter (CFt) wird ein Dispositionsplatz (BfT) und ein Dateiplatz (BF) installiert werden.

Dem vorliegenden Entwurf über die Zuordnung der Tätigkeiten zu den Aufgabenträgern kann von unserer Seite nicht in allen Punkten zugestimmt werden.

Der ArbKr wird sich auf einer der nächsten Sitzungen mit diesen Problemen auseinandersetzen.

## Arbeitskreis PIL

Grundlage der letzten Tagung des ArbKr PIL war die Neubemessung der Dienststelle PIL bei einem Fernmeldeamt im Frühjahr 1985; bemessen wurde über einen Zeitraum von drei Wochen:

In der ersten Woche wurde die Organisation der DSt PIL untersucht. Es wurde dabei festgestellt, daß die Aufgabenverteilung nicht immer mit der OrgRichtl 431 PIL übereinstimmt.

Ab der zweiten und in der dritten Woche wurden dann die einzelnen Gruppen untersucht. Die Bemesser begannen mit der Zeitnahme der vorliegenden Arbeiten. Die Bemessung war in erster Linie auf die im Moment in Arbeit befindliche Planung bezogen. Unter anderem wurden auch die Straßenübersichten (StrÜ) und die Auftrags- und Bauvorhabenkartei überprüft.

Bei der Schlußbesprechung wurde festgelegt, daß die DSt PIL mit ihren Zeitvorgaben gut auskommt und daß eine Personalzunahme nicht zu erwarten sei. Im Gegenteil: bei den BF-Kräften ist mit einer Kürzung der Ap bis zu 50 v. H. zu rechnen und beim BfT-Dienst muß auf lange Sicht ebenfalls Personal abgebaut werden.

Vom ArbKr wurde festgestellt, daß die OrgRichtl 431 PIL für den BfT-Dienst Verbesserungen bringen wird, da durch Zuordnung neuer Aufgaben das Arbeitsgebiet erweitert wurde.

Die Zeiten für Nebenarbeiten sind nach Ansicht der Bemessergruppe ausreichend. Der ArbKr kann sich dieser Meinung nicht anschließen. Gedacht ist dabei z. B. an das Erstellen von kleinen Baumaßnahmen oder Überprüfungen, die zu keiner Baumaßnahme führen. Dazu gehören Rücksprachen mit anderen DSt der DBP oder Gespräche mit anderen Behörden.

## Arbeitskreis FeE

Die Neubemessung der OrgRichtl 382 FeE wurde vom ArbKr kritisch überprüft. Hauptkritikpunkte an der neuen Bemessung waren:

1. Mit der Verlängerung der TÜp- und der Reinigungszeiten bei den Münzern wird wesentlich in Kauf genommen, daß die Betriebsgüte sinkt.
2. Wenn die Münzer zu lange nicht geleert werden, ermuntert man damit geradezu zu Einbrüchen und nimmt damit einen unnötig hohen Geldverlust in Kauf.
3. Der geänderte Bemessungswert bei Notruf Ue-k führt dazu, daß TÜp und Kurzprüfung nicht mehr mit der nötigen Sorgfalt erledigt werden können. Die Folge: Die Betriebsgüte der Notrufeinrichtung sinkt schon in absehbarer Zeit.
4. Die Bemessung für die elektronischen Nebenstellenanlagen sind viel zu knapp. Unser Kundendienst, der oft so hoch gepriesen wird, leidet sehr darunter.
5. Die Kürzung bei den Gruppenleitern Innen und Außen ist völlig ungerechtfertigt. Außerdem müßten beim Gruppenleiter Außen auch die Zeiten aus Beilage 2, Zeile 7 mit in die Bemessung eingehen, denn er muß diesen Personenkreis auch mitbetreuen.
6. Unerklärlich sind uns auch die Streichung und Kürzung bei den FeEST. Wo bleibt hier eigentlich die Rücksicht auf das gute Image der Deutschen Bundespost?
7. Wir fragen uns außerdem, mit welcher Begründung der Faktor 0,75 bei der Bemessung der Prüftische zugrunde gelegt wird. Wie soll hierbei beispielsweise das Notruftelefon noch gewissenhaft geprüft werden?

8. Wer so einschneidende Kürzungen vornimmt, wie es jetzt geschehen ist, muß denen, die sie in die Praxis umsetzen sollen, wenigstens mitteilen, wie und nach welchen Kriterien zukünftig gearbeitet werden soll.  
Wo bleiben die Richtlinien 13, 14 und 16?

Die aufgeführten Punkte waren auch Bestandteil eines Protestschreibens der VDFP an das BPM.

## Arbeitskreis DE/DÜ

In einer Sitzung im Oktober 1985 wurden vom ArbK DE Schwerpunkte aus Vorgaben der Bemessungsbereich 392 DE und 395 DÜ behandelt. Dabei wurden folgende Fragen ausführlich untersucht:

- Fehler in der OrgRichtl 392 DE
- Entlastung der Instandhalter DÜG durch Terminkoordinator
- Bemessungswerte Instandhalter DÜG zu niedrig
- Forderung eines Koordinators zwischen DÜB und Betreiber DÜE/Instandhalter DÜG
- Erkenntnisse zum neuen Betriebsinformationssystem (BIS)
- Neue Abnahmemeldungen T und D
- Einführung der nutzungszeitlichen Tarifierung (NT)

Zur Ausarbeitung einer Argumentation wurden den Mitgliedern des ArbKr bestimmte Arbeitsaufträge zugeteilt diese sollen bei der nächsten Sitzung abschließend behandelt werden.

An die  
Vereinigung Deutscher  
Fernmeldetechniker Post e. V.

## Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e.V. Mit dem monatlichen Beitragsabzug von meinem Gehaltskonto erkläre ich mich einverstanden. Dieses Einverständnis kann ich nur gegenüber der Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V. widerrufen.

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

geb. am \_\_\_\_\_ Personal-Nr.: 

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

 Amtsbez.: \_\_\_\_\_

Beschäftigungsamt: \_\_\_\_\_ Dienststelle: \_\_\_\_\_

☎ Dienststelle: (       )                      ☎ Wohnung: (       )

Monatlicher Mitgliedsbeitrag: \_\_\_\_\_ DM \_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Herausgeber: Vereinigung Deutscher Fernmeldetechniker Post e. V. – Der Bundesvorstand – Postfach 10 22 25, 6000 Frankfurt/Main 1  
Verlag: Eifert Druck und Verlag GmbH, Postfach 22 33, 7768 Stockach 1, Telefon: 07771 / 15 91

Verantwortliche Redakteure:

Waldemar Hörle, 6000 Frankfurt, Tel.: privat (069) 571655; Werner Zok, 5600 Wuppertal 1, Tel.: priv. (0202) 752851, dienstlich (0211) 4490751; Kurt Wetzlar, 6000 Frankfurt, Tel.: (069) 7382860, Mo. u. Mi. bis Fr., v. 9.00 – 10.00 Uhr.

Abschlußredaktion: Waldemar Hörle

Sehr geehrte Kollegin,  
sehr geehrter Kollege!

Noch immer bestehen Einkommensverluste bei der Übernahme von Fernmelde- und Posthandwerkern/-handwerkerinnen in das Eingangsamts des mittleren technischen Dienstes.

Zum 30. 6. 87 läuft die unmittelbare Anstellung der Nachwuchskräfte des mittleren technischen Dienstes in der BesGr A 6 aus. Gemäß BPMVfg 313a A 6825-2 vom 25. 11. 1986 wird eine weitere Verlängerung über den 30. 6. 1987 ausgeschlossen.

***Können junge Beamte noch die Spitzenpositionen A 8 und A 9  
des mittleren technischen Dienstes erreichen?***

**Mit einer Strukturuntersuchung über den Werdegang junger BfT/BPt-Kollegen und Kolleginnen möchten wir dies untersuchen!**

Wir bitten deshalb alle Kollegen und Kolleginnen der Jahrgänge 1955 und jünger den auf der Rückseite befindlichen Fragebogen bis zum 20. 5. 1987 ausgefüllt über die Orts- und Bezirksvereinigungen der VDFP oder direkt an den VDFP-Bundesvorstand zurückzugeben.

Die Kollegen der älteren Jahrgänge bitten wir, unsere Arbeit dadurch zu unterstützen, daß sie den beigefügten Fragebogen an jüngere Kollegen und Kolleginnen – **auch an Nichtmitglieder der VDFP** – weitergeben und ggf. die Rücksendung übernehmen.

Für Fragen und weitere Anregungen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

**VDFP-Bundesvorstand – Arbeitskreis „Junge Beamte“**

Jürgen Berger  
Dürerstraße 30  
6901 Wiesenbach  
Tel.: (06221) 55 35 42  
(von 7.15 bis 9.00 Uhr)

Rolf Klug  
Am Feuerteich 5  
5840 Schwerte  
Tel.: (02334) 31 11

